

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.
Der Courter ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 25.

Berlin, den 20. Juni 1909.

13. Jahrg.

Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in München.

Eröffnungstag 6. Juni 1909.

Der festlich und äußerst geschmackvoll dekorierte große Saal des Mathäuser Stablimiments ist für die Tagung zur Verfügung gestellt.

Die Eröffnung findet im Veteranensaal nachmittags um 4 Uhr statt. Zur Begrüßung des Verbandstages trägt der Gesangsverein „Union“ in stimmungsvoller Weise den Chor „Empor zum Licht“ vor. Daraufhin begrüßt der Vorsitzende Kollege Schumann die Delegierten und Gäste in üblicher Weise, dabei besonders die Aufgaben dieses Verbandstages betonend. Der Verband hat in den letzten beiden Jahren zwar nicht die erhoffte günstige Entwicklung genommen, die schwere wirtschaftliche Krise hat der Organisation indes keinen Rückschlag gebracht. Die Zahl der Mitglieder und besonders der Beiträge ist gestiegen, wenn auch nicht in gleichem Tempo wie in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Auch die Klassenverhältnisse sind trotz der gezahlten riesigen Unterzahlungen konsolidiert worden und das Vermögen beträgt mehr als 100 000 M. Der Verband der Eisenbahner hat sich unserem Verbande angeschlossen. Der letzte große Lokalverein der Berufscollegen in Hamburg hat sich gleichfalls dem Verbande angeschlossen. Redner ist der Meinung, daß gerade die bekante Münchener Gemüchlichkeit ihr Teil dazu beitragen wird, daß der Verbandstag in recht kameradschaftlicher Weise verläuft. Gerade in München ist es besonders schwer gewesen, der Organisation Eingang zu verschaffen, heute sind aber am Orte 4400 Mitglieder vorhanden. Diese Entwicklung befriedigt gewiß, dennoch bleibt den Münchnern die Verpflichtung, noch fleißiger als bisher ihre Organisationsarbeit zu tun. Möge der Verbandstag nur Beschlüsse fassen, die der Organisation zum Wohle und Gedeihen gereichen werden.

Namens der Münchener Kollegen begrüßt Kollege Gichner den Verbandstag. Seitens der Münchener Gewerkschaften begrüßt Genosse Krieger die Delegierten. Kollege Kinstler-Wien begrüßt die Generalversammlung im Namen der österreichischen Bruderorganisation. Genosse Müller begrüßt namens der Verbände der Hafnarbeiter und Seeleute den Verbandstag, den Wunsch aussprechend, daß es doch noch gelingen werde, die gemeinsame Organisation zu schaffen.

Das provisorische Bureau wird nächst dem Vorstand aus den Kollegen Gichner-München als Vorsitzenden, Heinz-Bremen, Medel-Breslau, Müller-Offenbach, Mastus-Chennitz, als Schriftführer, gebildet.

Es sind 125 Delegierte erschienen. Als Gäste nehmen Teil seitens des Hafnarbeiterverbandes die Genossen D r i n g und S e i d e l, seitens der Seeleute M ü l l e r, seitens der österreichischen Bruderorganisation W a g n e r und M i s t l e r. Dem Redakteur des „Sozial“ wird die Teilnahme an den Verhandlungen des Verbandstages einstimmig gestattet.

Ein Antrag, auch den Beisitzern des Vorstandes die Teilnahme zu ermöglichen, wird nach einiger Debatte dahin beschlossen, daß diesen Kollegen ein Vertreter auf dem Verbandstage zugestanden wird. Die Mandatsprüfungskommission wird aus 9 Mann zusammengesetzt. In die Statutenberatungskommission werden 11 Personen delegiert. Die Redaktionskommission wird aus drei Mann, die Haushaltskommission auch aus drei Kollegen zusammengesetzt. Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird akzeptiert.

1. Verhandlungstag.

Montag, den 7. Juni.

Einige Begrüßungsschreiben werden verlesen. Auf Antrag Leipzig wird der Punkt: „Bericht vom Gewerkschaftskongress“ von der Tagesordnung abgesetzt. Die definitive Tagesordnung lautet: Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Bericht des Ausschusses. Bericht der Redaktion. Bericht über die Verhandlungen zwecks Schaffung der Einheitsorganisation. Bericht vom 6. internationalen Transportarbeiter-Kongress. Die Vorschläge des Rates für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe. Der Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammer. Die Reichsversicherungsordnung. Die Zentralisation der Arbeitgeberorganisation des Berufes und ihr Einfluß auf unsere

Taktik. Anträge: Wahl der Verbandsleitung und des Ortes der nächsten Tagung. Wahl der Delegierten zum internationalen Transportarbeiter-Kongress.

Während der Arbeit der Mandatsprüfungskommission wird das Referat über die Reichsversicherungsordnung entgegengenommen.

Der Referent, Kollege Stellung-Lübeck, schildert die Entstehung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Der Grundgedanke dieser ist gewiß ein guter, seine Ausführung läßt viel zu wünschen übrig. Die Arbeiter verlangen die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, der neue Entwurf ist nur eine zusammengewürfelte Bureaukratisierung. Der Kreis der Versicherten ist ein wenig erweitert worden, aber noch lange nicht genügend. Das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiterschaft wird in dem neuen Entwurf vernichtet. Die Wahl zu den Reichsversicherungsämtern ist nicht den Versicherten sondern den Vorständen der Krankenkassen übertragen. Die Kosten der neugeschaffenen Verwaltungen sollen die Krankenkassen tragen. Die Posten zu Versicherungsamtännern sollen den beschäftigungslosen Arbeitern übertragen werden und die Arbeiter bezahlen die Kosten. In die Krankenversicherung werden die Land- und Forstarbeiter, die Diensthoten zc. einbezogen. Wir müssen verlangen, daß alle Lohnarbeiter und Angestellten in die Versicherung einbezogen werden. Die Gemeindefrankenkassen sollen beseitigt werden, das ist ein ganz kleiner Fortschritt. Wir müssen die Vereinfachung der Betriebs-, Innungs- und Knappheitskassen verlangen. Die Statuten für die Orts- und Landkassen werden vom Ober-Versicherungsamt beschlossen, d. h. sie müssen dort genehmigt werden. Die freien Hilfskassen sollen künftig nur als Ersatzkassen zugelassen werden. Die Beiträge sollen fortan von den Arbeitern und Unternehmern je zur Hälfte getragen werden. In Wirklichkeit bezahlen ja die Arbeiter die ganzen Beiträge. Den Ortskassen wird ein Ausschuß beigegeben, den Landkassen nicht, das ist eine Begünstigung der Agrarier. Der Vorstand der Landkassen wird von den Kommünen bestimmt. Die Versicherten haben nichts dreinzureden. Die Behörden bestimmen über die Fähigkeiten der Krankenkassenangestellten. Die Wohnungsenquenzen der Kassen sollen unmöglich gemacht werden. Die Landeszentralbehörde bestimmt in Zukunft darüber, welche Krankenkassentongresse beschickt werden dürfen. Die freie Arztwahl bleibt eine ganz beschränkte. Den Ärzten wird in der neuen Ordnung ein außerordentliches Entgegenkommen gezeigt, demnach genügt ihnen das Nicht, sie wollen auch die Klassenmitglieder gleich den Privaten behandeln. Das Versicherungsamt bestimmt, das bisher zulässige Verwaltungsverfahren wird aufgehoben. Bei den Landkassen ist den Bedürfnissen der Unternehmer laut Begründung des Entwurfs Rechnung getragen. Für die Diensthoten wird festgesetzt, daß die Herrschaft über die Krankenhauseinrichtung bestimmt. Bei den unständigen Arbeitern wird der Unternehmerbeitrag auf die Gesamtheit der Steuerzahler abgewälzt. In der Unfallversicherung bleibt fast alles beim alten. In dem ganzen Werk ist ein Ausnahmefall gegen die Arbeiterklasse, ein Klassengesetz schärfter Form geschaffen. Die Arbeiter werden darin ausnahmslos als Staatsbürger mildernden Rechts erklärt. Keine Berufung an das Reichsversicherungsamt ist mehr möglich, nur noch eine Revision, also nur eine Entscheidung über prozessuale Formfehler. Die Witwenversicherung ist eine direkte Verhöhnung der Arbeiterklasse. Ganze 98 M. Rente für das Jahr und die Person im Höchstfalle, ist weniger, als die Brotsamen, die der arme Lazarus unter dem Tische der Reichen sammelte. Für diese Brotsamen soll die Arbeiterklasse mehr als 40 Millionen alljährlich bezahlen. Das Reich aber gibt von seinem Zollüberschuß von 41 Millionen M. nur 8 Millionen zu dieser Versicherung ab. Es gilt die Cadres der Arbeiterorganisationen fester zu schließen, um der ganzen arbeitserfindlichen Reichspolitik ein kräftiges Paroli bieten zu können. Wir verlangen einen Ausbau der Sozialpolitik nach freiheitlichem System und wollen nicht länger die Varias der Menschheit sein.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:
Resolution.

Der vom 7. bis 12. Juni 1909 in München tagende 6. Verbandstag des deutschen Transportarbeiterverbandes protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die in dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung geplante Entwertung der Versicherten sowie gegen die Verschlechterung der Versicherungsbedingungen.

Der Verbandstag fordert die Ausdehnung des Versicherungszwanges hinsichtlich der Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung auf alle in Industrie, Land-, Forst- und Hauswirtschaft, Handels- und Transport-Berufe be-

schäftigte. Ferner, Gewährung weiterer Rechte an alle Versicherten bezüglich der Handhabung der Unfall- und Invalidenversicherung, Erhaltung des Selbstverwaltungsrechtes der Ortskrankenkassen, sowie Ausdehnung dieses Rechtes auf die zu bildenden Landkrankenkassen.

Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung enthält im wesentlichen auf dem Gebiete der Unfallversicherung nur Verschlechterungen für die Versicherten. Demgegenüber fordert der Verbandstag eine Verbesserung und Vereinfachung des Rechtsweges, Erhöhung der Renten und die Anerkennung von Berufskrankheiten als Betriebsunfälle.

Für die Invalidenversicherung bringt der Entwurf die so dringend erforderliche Erhöhung der Renten nicht. Die in demselben vorgesehenen Lohnklassen sind unzureichend und den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend.

Die Einführung weiterer Lohnklassen, Erleichterung des Rentenbezuges und Angliederung der Pensionversicherung der Privatangestellten sind unbedingt notwendig. Die vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversicherung hält der Verbandstag nicht für ausreichend. Er fordert eine Versicherung aller Arbeiterwitwen, ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit.

Der Verbandstag fordert ferner die Vereinheitlichung des Krankenversicherungswesens unter Aufhebung der Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Zur energischen Abwehr der von der Regierung geplanten „Reform“ der Arbeiterversicherung fordert der Verbandstag alle Berufsangehörigen auf und erklärt, daß nicht Entwertung der Versicherten und Verschlechterung der Leistungen, sondern Sicherstellung und Erweiterung der Selbstverwaltung, sowie Erhöhung der Leistungen das Leitmotiv einer gesunden Reform sein muß.

In der Nachmittags Sitzung referierte zuerst Kollege B e n d e r über die Zentralisation der Arbeitgeber-Organisation und ihren Einfluß auf unsere Taktik. Der Aufschwung der Arbeitnehmer-Organisation ist zweifellos einer der Hauptgründe der Schaffung von Arbeitgeber-Organisationen. Es bestehen zur Zeit 13 zentralisierte Arbeitgeberverbände in unserem Berufe. Diese verweigern jede Auskunft über ihren Ausbau, auch den Behörden gegenüber. Die Zahl der lokalen Vereinigungen ist ebenfalls recht groß. Außerdem bestehen noch hunderte von sogenannten Fachverbänden. Das Bestreben geht allgemein dahin, eine einheitliche Organisation zur besseren Bekämpfung der Arbeitergewerkschaften zu schaffen. Das oberste Prinzip dieser Vereinigungen ist, den absoluten Herrn im Hause wieder einzuführen. Als erstes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes werden die schwarzen Listen und die Maßregelung unliebsamer Personen benutzt. Man sucht die Arbeitsnachweise in die Hände zu bekommen resp. dort, wo sie vorhanden sind, weiter auszubauen. Denn kann am besten durch Schaffung gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise begegnet werden. Die preußische Regierung betreibt das System der Koalitionserrechnung im Großen. Sie schließt spezielle Verträge mit den Speditoren, die die Beschäftigung organisierter Arbeiter verbieten. Durch Gründung gelber Vereine sucht man weiter die moderne Arbeiterorganisation in ihrer Entwicklung zu hemmen.

Auch für unseren Beruf sind bereits Massenaus-sperrungen vorgesehen. Besonders rührig ist der süddeutsche Arbeitgeberverband. Dieser spricht in seiner Zeitung ganz offen aus, daß er die Arbeitsbedingungen in Zukunft diktieren will. Man hat auch einen Garantiefonds gegen Streiks gegründet. Unsere Arbeitgeberverbände sind denen in der Industrie genau nachgebildet. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich in seinem Programm gegen jeden Fortschritt auf sozialem Gebiete erklärt. Auch der deutsche Handelstag brems in der Sozialreform aufs allerheftigste, er bekämpft auch die bescheidensten Arbeiterforderungen. Nach der Meinung aller dieser Vereinigungen ist selbst die Reichsregierung viel zu arbeitserfindlich in ihrer Sozialreform. Diese zu bekämpfen, erstrebt man die Schaffung neuer Arbeitgeberparteien.

Die Streiks werden in Zukunft größere Mittel beanspruchen, weil die Unternehmer organisiert sind. Aber auch den geschlossenen Unternehmern gegenüber sind wir nicht machtlos, wenn unsere Truppen gut und lückenlos organisiert sind. Die Waffe der Aussperrung wird speziell unseren Unternehmern nichts nützen, das liegt schon im Wesen des Transportgewerbes. Wer am besten rüstet, wird auch in Zukunft der Sieger sein. Auf die Stärke kommt es an und auf die Macht, die wir auszuspielen vermögen. Für die Diskussion wird eine Redezeit von 10 Minuten beschlossen.

L e h m a n n-Frankfurt schildert hauptsächlich die Tätigkeit des süddeutschen Arbeitgeber-Verbandes und schließt sich im übrigen den Ausführungen des Referenten an.

Wirtsh-Essen bespricht die Maßnahmen der sächsischen Arbeitgeberorganisationen und betont, daß die Transportarbeiter in der Lage und verpflichtet sind, den Eisenbahnen bei ihrer Organisation zu helfen.

Ungerer-München erörtert die Frage der Taktik und befürwortet, daß bei Lohnbewegungen recht viel auf die Erhöhung des Lohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit gesehen wird. Das Unterstufungsweesen muß ebenfalls besser ausgebaut werden. Auch der Boykott muß mehr als bisher angewandt werden.

Keder-Leipzig schildert die dortige Arbeitgeberorganisation und besonders deren Arbeitsnachweis. Alle Expeditionsarbeiter müssen einen Revers unterschreiben, wonach sie sich bei 50 Mk. Strafe verpflichten, dem Transportarbeiterverband nicht anzugehören. Die Bahnbehörde erteilt an die Organisierten den Bahnverweis, um sie so geüßigt zu machen.

Habicht-Frankfurt erwähnt, daß der südwestdeutsche Arbeitgeberverband auch in den kleinsten Orten bestrebt ist, die Arbeitgeber zu organisieren. Die Arbeitgeberpresse fürcht die Berichte ganz nach Belieben, je nachdem es ihr in den Kram paßt.

Wender sagt in seinem Schlußwort, es habe ihn gefreut, daß die Kollegen bezüglich der Arbeitgeberverbände einer Meinung seien. Neue Wege zur Taktik vorzuschlagen sei sehr schwer, diese müssen sich aus den Verhältnissen destillieren. Verlorene Streiks werfen die Bewegung auf Jahre hinaus zurück. Wir wollen nicht eher angreifen, bevor wir nicht alles erwogen haben, dann aber müssen wir mit ganzer Kraft kämpfen.

Vorstehende Resolution zu Punkt Versicherungsgesetzgebung wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt die Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission. Im ganzen sind 156 Teilnehmer vorhanden. Es wird gewünscht, daß den weiblichen Mitgliedern in Zukunft eine größere Vertretung eingeräumt wird. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

2. Verhandlungstag.

Ueber den Bericht der Mandatsprüfungskommission entspinnt sich eine kurze Diskussion, und wurde dann der Bericht zur Kenntnis genommen.

Hierauf gibt Schumann den Bericht des Verbandsvorstandes. Keder schildert die Einrichtung der Bezirksleitung in Berlin, diese war notwendig, weil die Organisationsarbeit in Berlin einheitlicher gestaltet werden mußte. Ferner bespricht Keder die während der letzten zwei Jahre erfolgten Veränderungen in den Gauleitungen. Die Belastung der Hauptkassiere durch die Agitationskosten sind wesentlich gestiegen. Die Erhöhung dieser Kosten beträgt 1/10 pSt. auf den Mitgliedsbeitrag. An neuen Mitgliedern wurden rund 80000 Personen aufgenommen. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist auf 802 gestiegen, die Zunahme beträgt 45 Verwaltungen. Die Mitgliederzunahme beträgt 5988 Personen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Verhältnis viel höher gestiegen als die der männlichen. Die Krise hat besonders in Berlin auf den Mitgliederstand ungünstig gewirkt. Die Erhöhung der Beitragssätze beträgt erfreulicher Weise 89% des früheren Standes. Die Durchschnittsziffer der gezahlten Wochenbeiträge beträgt jetzt 42,2 pro Jahr. In Zukunft soll auch die Berechnung der Mitgliederzahl auf Grund von 12 Beitragswochen pro Quartal erfolgen. Im Jahre 1908 mußten 81768 Beiträge erlassen werden, was auf die Wirkung der wirtschaftlichen Misere zurückzuführen ist. In verschiedenen Gauen ist eine erfreuliche Gesundung in Bezug auf die Durchschnittsbeitragsleistung eingetreten. Der Gau 18 hat sich darunter besonders hervorgetan.

Wir haben, um die Agitation zu fördern, Gaukonferenzen abgehalten, und zwar in den Gauen 5, 8, 10 im Jahre 1907 und in den Gauen 2, 9, 12 im Jahre 1908. Jedoch stehen wir auf dem Standpunkt, daß Gaukonferenzen in Zukunft nur nach Bedarf stattfinden werden, und ich richte die Bitte an den Verbandstag, keine Beschlüsse in dieser Beziehung zu fassen. Im Anschluß daran streift Keder die Konferenz der Eisenbahner. Der Anschluß dieses Verbandes war für beide Teile eine Notwendigkeit. Die Befürchtungen der Eisenbahner, daß ihren Verhältnissen im Verbande nicht Rechnung getragen würde, sind geüßigt nicht eingetroffen. Der Vorstand läßt sich in solchen Fragen nur von großen Gesichtspunkten leiten.

Für die Automobilfahrer und Genossenschaftsarbeiter sind Reichskonferenzen abgehalten worden. Keder erörtert hierauf den neuen Tarif der Genossenschaftsarbeiter, dessen Veröffentlichung in einer der nächsten Nummern dieses Blattes erfolgt. Keder schildert dann den Verlauf und das Ergebnis der beiden in der Berichtsperiode stattgefundenen Konferenzen der Verbandsfunktionäre und deren Ergebnisse. Besonders hervorzuheben muß noch der Anschluß des Hamburger Lokalvereins mit mehr als 1100 Mitgliedern werden. Dadurch ist auch in Hamburg die Bahn freigegeben worden. Die Frage der Grenztreitigkeiten zu erstern, soll hier nicht unsere Aufgabe sein, wir werden in dieser Beziehung unsere Rechte zu wahren wissen. Wir sind jederzeit für Verständigung, dort, wo wir auf der Gegenseite ebenfalls den ehrlichen Willen zur Verständigung finden. Die Arbeitsvermittlung auszubauen, haben wir uns besonders angelegen sein lassen, aber auf diesem Gebiete muß noch mehr als bisher geschehen. Die Belastung des Wochenbeitrages durch die Unterstufungen beträgt 5,7 Pfg., es ist dies eine abnormale Steigerung gegen die früheren Jahre. Von den an den Lohnbewegungen beteiligten Kollegen blieben 78% im Verstande. Von den Bewegungen sind immer noch 90,6% erfolgreich durchgeführt worden. Im Jahre 1908 haben wir rund eine halbe Million für Lohnkämpfe ausgegeben. Die Berichterstattung an den Vorstand ist besser geworden, aber sie ist noch nicht prompt genug. Keder spricht am Schluß seiner Ausführungen über die sozialpolitische Tätigkeit der Organisation, über unsere Stellung zu den Frau- und Fachschulen, zu den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen etc. Der Verbandsvorstand hat sich bemüht, seine Aufgaben so gut als möglich zu erfüllen. Der Verbandstag ernt das Andenken der verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise.

In der Nachmittags Sitzung erstattet der Hauptkassierer Kähler seinen Kasienbericht. Wir verweisen diesbezüglich auf das vom Verbandsvorstand herausgegebene Jahrbuch

1908. In der letzten Zeit ist eine stete Kontrolle der Unterstützungsquittungen eingeführt worden, die sich gut bewährt hat. Die Abrechnungen lassen noch manches zu wünschen übrig, demnach ist zu konstatieren, daß sie ständig korrekter werden. Keder bittet, dahin zu wirken, daß bei Geldsendungen jedesmal genau angegeben wird, für welche Zwecke das Geld bestimmt ist.

Streitner berichtet namens der Revisionskommission. Diese hat ständig und fortlaufend die Kassengeschäfte geprüft und gefunden, daß der Kassierer seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat, die Buchführung war stets eine ordnungsmäßige, und war auch bezüglich der Kasse selbst nichts zu monieren. Anders verhält es sich zum Teil mit den eingesandten Quittungen, die manchmal volle Klarheit vermissen lassen. Die Funktionäre haben ihre volle Pflicht erfüllt, und beantragt daher die Revisionskommission Entlastung.

Selbst des Verbandsauschusses berichtet dessen Vorsitzender Kollege Lübeck über die eingegangenen Beschwerden. Der Verbandstag soll insbesondere über eine Kieeler Resolution betreffend den früheren Gauleiter Pfiel, und den Protest des Letzteren dagegen entscheiden. Für die Diskussion wird eine Redezeit von 10 Minuten beschloffen.

Stahl-Spandau erörtert eine Grenztreitigkeit mit dem Fabrikarbeiterverband an seinem Orte, der Betrieb von Kieeler Kaffeegeschäft ist von diesem Verbands in Spandau reklamiert worden. Die Brauer hatten uns die Bierkassierer abspenstig gemacht und zwar auf recht terroristischen Wege. Mit dem Arbeitsnachweise haben wir recht gute Erfolge erzielt.

Wieting-Botsdam spricht über den Kartellvertrag mit den Bauarbeitern, man könne diesen nur aufheben.

Gwori-Essen erörtert den Tarifvertrag mit den Genossenschaften, auf die Anerkennung des Arbeitsnachweises sei besonders Wert zu legen. Die Ortszuschüsse genügen für Essen nicht.

Arnold-Kiel. Die Agitation unter den weiblichen Mitgliedern muß auch in Zukunft gefördert werden. Keder glaubt, daß die Zuschußunterstützung überflüssig gewesen ist, es wird dadurch der Kampfscharakter beeinträchtigt. Unsere Verhandlungspersonen beim Abschluß des Genossenschaftstarifes waren in keiner beneidenswerten Lage. Es gibt auch dort recht viel Scharfmacher. Mit den privaten Unternehmern würden wir anders aufspielen. Die Arbeitsnachweisaktion war ein Gebot der Notwendigkeit. Mit den übrigen Gewerkschaften in Kiel kommen wir sehr gut aus. Nur mit dem Hafenarbeiterverband haben wir in der letzten Zeit Differenzen gehabt. Wir hoffen jedoch, daß dieselben in kurzer Zeit beseitigt sind.

Krege-Hannover. In Bezug auf Agitation haben wir in unserem Gau große Schwierigkeiten zu überwinden. In Hannover haben die Unternehmer einen Arbeitsnachweis errichtet. Dort erhalten nur solche Kollegen von uns Beschäftigung, wenn sie nachweisen, daß sie dem Transportarbeiterverband nicht angehören. Keder wünscht, daß für die Funktionäre ein Leitfaden herausgegeben wird.

Feilke-Hamburg. Bei uns hat die Gesellschaft zur Verteilung von Lebensmitteln früher 27 Mk. Lohn bezahlt, für einen neuen Betrieb bezahlt sie nur den Tariflohn. Das Schiedsgericht hat die Gesellschaft verurteilt, den alten Lohn zu bezahlen.

Dohrenhof-Hamburg. Die Abstriche, die an den Forderungen der Genossenschaftsarbeiter gemacht wurden, sind entschieden zu groß. Unsere Kollegen beauftragten mich, hier zur Sprache zu bringen, daß sie eine tariflose Zeit dem jetzigen neuen Tarif vorziehen. Die Vorstandsmitglieder in den Genossenschaften fordern gleich tausende von Lohnzulagen, nur dem niedrigen Personal will man seine billigen Forderungen nicht gewähren. Das jetzt Gebotene ist für die Hamburger Kollegen unannehmbar.

Schmäh-Düsseldorf verlangt mehr Vertretung in Bezug auf Anstellung neuer Kräfte. Wir ersuchen den Verbandstag, den Genossenschaftstarif abzulehnen. Die Genossenschaftler wissen die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis zu umgehen. Keder beleuchtet die Ausführungen des Essener Geschäftsführers in Kiel, die er als direkt tarifwiderlig und reaktionär bezeichnet, die Ortszuschüsse für Düsseldorf genügen nicht.

Sichner-München. Im Konsumverein Sendling wird ganz rigoros gegen die Arbeiter vorgegangen. Maßregelungen werden mit Arbeitsmangel begründet. Auch unser Arbeitsnachweis wird nicht berücksichtigt. Ueberstunden werden erst bezahlt, wenn die Organisation eingreift. Der Tarif befriedigt uns in keiner Weise, die vorgezeichneten Löhne sind den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu niedrig.

Keder-Leipzig. Das Resultat des Abschlusses ist in Betracht der wirtschaftlichen Verhältnisse ein günstiges. Wir sind ohne weiteres einig mit dem Beschluß des Vorstandes betreffend der Zuschußunterstützung. Wir vermüssen im Jahrbuch die Tabelle über die örtlichen Unterstufungen, wir wünschen, daß dieses Material den Kollegen nicht verloren geht. Der Umfang des Jahrbuches soll nicht zu groß werden. Die Verbandsfunktionäre müssen über die wichtigeren Vorfälle besser unterrichtet werden. Die Kasienberichte müssen einheitlicher gestaltet werden.

3. Verhandlungstag.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt.

Habicht-Königsberg erörtert einen Streitfall dort, der den Ausschuß beschäftigt hatte und meint, daß die Ortsverwaltung doch im Recht gewesen sei.

Gütsfeld-Mannheim wendet sich gegen die Zuschußunterstützung, weil diese häufig den Klassenarbeiten zugute kommt. Die Krise hat auch bei uns gewirkt, auch die rapide Entwicklung der Organisation hat nachteilige Wirkung gehabt. Der Genossenschaftstarif ist für uns kein Fortschritt, dieser Tarif hemmt uns in der Agitation. Auch die fünfjährige Dauer ist nicht akzeptabel. Soziales Verständnis ist von den Genossenschaften nicht zu erwarten.

Utheß-Berlin. In dem Jahrbuch ist die Jugendorganisation zu wenig berücksichtigt. Der Berliner Rückgang ist eine Folge der Krise. Die Reorganisation der Berliner Organisation ist noch in der Entwerfung

begriffen und hat selbstverständlich in der ersten Zeit einige Mängel gezeigt. Mit 25 pSt. der Beiträge können die Berliner nicht auskommen. Wir verlangen, daß uns die Zentralleitung entgegenkommt.

Klösel-Düsseldorf tritt für eine Reichskonferenz der Einkassierer ein. Die Unternehmer der Abzählungsgeschäfte haben sich organisiert und bekämpfen die Organisation der Arbeiter. Auch eine Konferenz der Zeitungsträgerinnen solle einberufen werden. Der Genossenschaftstarif hindert uns, vorwärts zu kommen. Wir konnten der G. L. G. in Düsseldorf keine Arbeitskräfte mehr vermitteln, weil die tariflichen Grundlöhne zu niedrig waren.

Nordmann-Berlin. Die Frequenz unserer Arbeitsnachweise würde noch steigen, wenn die Unterstufungen nach unseren Vorschlägen geregelt werden. Die Einheitsorganisation ist für uns notwendig.

Arnemann-Bremerhaven. Unsere Kollegen profitieren nicht von dem neuen Tarifvertrag. Es geht nicht an, daß die Kutscher länger arbeiten sollen als die Lagerarbeiter, bei uns wird allgemein ein höherer Lohn gezahlt, als ihn der Tarif vorsieht.

Gaack-Hamburg. Die Einteilung der Wahlkreise hat zu vielen Beschwerden Veranlassung gegeben. Die Zuschußunterstützung hat für uns auch ganz guten Nutzen gehabt. Der Genossenschaftstarif befriedigt in keiner Weise. Bei Tarifabschlüssen muß der Arbeitsnachweis mehr in den Vordergrund gerückt werden.

Krüner-Erfurt. Bei Abschließen von Tarifen muß in erster Linie auf die Verkürzung der Arbeitszeit hingearbeitet werden. Bei uns in Thüringen sind in ihrer Mehrheit die Kollegen gegen den Genossenschaftstarif, vor allem gegen dessen lange Dauer. Die Zuziehung der Gauleiter zu den Unterverbandstagen ist notwendig. Der Vertrag mit den Bauarbeitern war entgegen der hier geäußerten Meinung notwendig. Mit den Bauern haben wir auch in Thüringen viel Ärger.

Wiedemann-Leipzig. Der Verbandstag muß dokumentieren, daß wir mit dem Abschluß des Genossenschaftstarifes nicht einverstanden sind. Leipzig-Plagwitz fügt sich den Beschlüssen des Tarifamtes nicht. Die Sonntagsarbeit wird bei uns trotz der Entscheidung des Tarifamtes nicht bezahlt. Unter solchen Umständen können wir den Verprechungen der Genossenschaften kein Vertrauen schenken.

Spiekermann-Berlin. Der Ausschluß Kohlmanns ist nach unserer Meinung nicht ganz korrekt vorgenommen. Die Ortsverwaltungen müssen geüßigt werden. Es ist kein Zweifel, daß genügende Ausschlußgründe vorliegen, aber die örtliche Mitgliedschaft muß mit entscheiden können. Wir sind für die Förderung der Einheitsorganisation, die alten Branchen dürfen aber dabei nicht vernachlässigt werden. Vielleicht ist auch die Schaffung einer Reichsaktion für Handelsarbeiter möglich.

Klaus-Münberg. Wir sind für die Ausdehnung des Rechtsschutzes für die Branche der Kraftwagenführer. Diese Kollegen sind auch bereit, dafür Extrabeträge zu bezahlen. Ueber den Genossenschaftstarif sind auch unsere Kollegen nicht erbaut. Die Dividendenjäger beweisen, daß die Genossenschaften sehr wohl höhere Löhne bezahlen können. Der Arbeitsnachweis unseres Verbandes ist immer umgangen worden.

Stelling-Lübeck. Mit dem Bericht sind wir einverstanden. Unser Jahrbuch ist recht reichhaltig mit gutem Material ausgestattet worden. Die Ausschreibung der Zuschußunterstützung hat uns sehr befriedigt. Je enger man die Kollegen an die Organisation fetret, desto bessere Kämpfer haben wir. Die Vertreter in den Parlamenten müssen besser mit Material versehen werden. Auch unsere Genossenschaftsarbeiter sind mit dem Tarif nicht zufrieden, demnach bitten wir um Annahme dieser Vereinbarung, damit wir darauf weiterbauen können.

Schmahl-Berlin. Wir begrüßen es, wenn dem Arbeitsnachweis mehr Beachtung geschenkt werden soll. Er ist eine unserer besten Waffen und ein gutes Mittel zur Erhöhung der Löhne. Wir haben es noch nicht bereut, den Verein Berliner Hausdiener an den Verband anzuschließen zu haben. Die Brauer kümmern sich um alle Kongreßbeschlüsse nicht und dennoch geschieht von der Leitung der Gewerkschaften nichts gegen sie. Das wird Schule machen. Den Genossenschaften können wir in Punkte Arbeitsnachweis keine weiteren Konzessionen machen.

Schröter-Berlin. Der Verbandsvorstand hat bezüglich der Jugendorganisation zu wenig getan. Im Jahrbuch ist die Jugendorganisation zu wenig berücksichtigt worden. Die Funktionäre müssen sich mehr um die Organisation der Jugend bemühen. Der Arbeitsnachweis ist ein gutes Mittel, um die Jugend in die Organisation hineinzubringen.

Inhofer-Kempten. In Bayern haben wir ständig mit dem Brauerarbeiterverband wegen der Grenztreitigkeiten zu kämpfen. Sie organisieren sogar in den Konsumvereinen. Die Konsumvereine liefern den Gegnern selbst die Waffen, wenn sie unvorübliche Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten wollen. Wir müssen diesen genau so auf den Hals rücken wie den Privatunternehmern.

Frey-Worms. Auch wir haben unter der unlauteren Arbeit der Brauer zu leiden. Man nimmt den Kollegen einfach die Wäcker ab und wenn diese nicht wollen, dann wird ihnen mit Nachteilen gedroht. Auch den Kartellbeschlüssen fügen sich die Brauer nicht.

Ständer-Frankfurt. Mit der Zuschußunterstützung haben wir gute Erfahrungen gemacht. Bei uns sind die Bierfahrer in der Brauerorganisation. Wir haben auch mit den Bäckern Differenzen gehabt, die aber geschlichtet sind. Wir werden selbstverständlich unsere Rechte zu wahren wissen.

Müller-Berlin. Die Gehaltskala für die Angestellten muß im Sinne einer Ausgleichung geändert werden.

Schiller-Dresden. Der Kartellvertrag mit den Bauarbeitern hat uns nicht besonders gefallen. Mit dem Genossenschaftstarifvertrag sind wir nicht einverstanden, wir verlangen, daß bei solchen Verhandlungen mit den Kollegen mehr Verbindung gepflogen wird.

Hann-Hamburg. Auch für die Kollegen in der Produktion ist der Tarif nicht akzeptabel.

Niederlich-Briegnitz bespricht die Organisationsfragen unter den Genossenschaftsangehörigen und den Kartellvertrag mit den Bauarbeitern.

Peifer-Gera. Der Tarif mit den Genossenschaften bringt uns so geringe Vorteile, daß wir uns sehr schwer mit ihm befreunden können.

Banofcha-Dresden. Ich bin der Meinung, daß eine einheitliche Presse geschaffen werden muß. Mit der Regelung der Ferien im Genossenschaftstarif sind wir gar nicht zufrieden.

Kosch-Baut. Mit dem Genossenschaftstarif sind auch wir nicht zufrieden. Wir verlangen, daß der Tarif wenigstens nur auf 8 Jahre abgeschlossen wird. Die Unterstellungen haben dazu beigetragen, daß unser Mitgliederbestand erhalten geblieben ist.

Frau Banfian-Hamburg. Es ist notwendig, mehr für die Organisation der Frauen zu tun. In der Zeit der Krise wird die weibliche Arbeitskraft mehr verlangt als die männliche. Auch die Frauen sind der Meinung, daß bei allen Tarifen der Arbeitsnachweis besser berücksichtigt werden muß.

Wolff-Berlin tritt für die Zusammenlegung der Berliner Verwaltungen ein.

Meurer-Berlin ist mit dem Jahresbericht einverstanden. Wir wünschen die Versicherung der Angestellten gegen Unfall. Die Frauen- und besonders die Jugendorganisation muß gefördert werden.

Schlusstrag wird angenommen.

Lübecke erläutert in seinem Schlusswort nochmals einige Beschwerden und erklärt, daß der Ausschuß stets bemüht war, ein gerechter Richter zu sein.

Kahler gibt Antwort auf die verschiedenen Anfragen und erläutert die Einzelheiten der Kassenführung.

Schumann (Schlußwort). Besondere Angriffe auf den Vorstand sind nicht vorgebracht worden. Die Erledigung der Korrespondenz ist stets nach bester Möglichkeit beschleunigt worden. Die Zuschußunterstützung ist für uns ein Mittel, um die Mitglieder bei der Organisation zu halten. Diese Unterstützungen können nur Ausnahmefälle sein. Der Vorstand muß es zurückweisen, daß er in Sachen Kohnmann nicht korrekt gehandelt hat. Die Berliner Kollegen können sich nicht über schlechte Berücksichtigung beklagen. Das beweisen die Unterstützungszahlen. Auch die Parteinstellen sind verpflichtet, unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Kartellvertrag mit den Bauarbeitern hat uns nur Nutzen gebracht. Den Bauarbeitern unsere Organisation zu öffnen, haben wir keine Veranlassung. Die Konferenzen der verschiedenen Branchen können nur abgehalten werden, wenn die Vorbedingungen dazu gegeben sind. Die Reichsaktionen sind aus taktischen Rücksichten errichtet worden. Ebenso die einzelnen Fachzeitingen.

An dem Genossenschaftstarif ist viel Kritik geübt worden. Es ist gewiß nicht alles Gold daran, aber er bedeutet zweifellos im allgemeinen einen Fortschritt. Wir müssen den Tarif akzeptieren, wenn wir nicht auf Jahre hinaus ins Hintertreffen geraten wollen. Nebner schildert, noch einmal eingehend die Vorteile des Tarifs. Die Regelung der Ortszuschläge muß durchs Tariftarif erfolgen. Die fünfjährige Dauer des Tarifs ist gewiß nicht angenehm, aber man muß doch den Genossenschaften zugehen, die Möglichkeit der Disponierung auf Grund der Arbeitsverhältnisse zu geben. Die Wünsche bezüglich des Jahresbuches sollen Berücksichtigung finden. Wägen die Delegierten in Zukunft auch an ihren Orten so arbeiten wie es hier auf dem Verbandstag der Fall war.

Dem Vorstände wird einstimmig Decharge erteilt. Dem Kartellvertrag mit den Bauhelferarbeitern wird zugestimmt. Der Genossenschaftstarif wird gegen 8 Stimmen angenommen. Die Gauleiter sollen zu den Unterverbandsrägen bei Tarifverhandlungen zugezogen werden. Dem Vorstände werden alle Anträge auf Einberufung von Konferenzen zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Kartellvertrag mit dem Schweizer Bruderverband wird ohne Diskussion akzeptiert.

Dreher-Berlin erstattet Bericht über die Tätigkeit der Redaktion. Die Auflage des „Courier“ ist im verflossenen Jahre nicht gestiegen. Der „Straßenbahner“ wird in 10.000 Exemplaren hergestellt. Die Kosten zur Herstellung des „Courier“ sind nicht höher geworden. In der Berichtsperiode haben wir verschiedene Anlagen zu verzeichnen. Die Nürnberg Kollegen haben an den Vorstand den Wunsch gerichtet, daß in Zukunft Tarife, ähnlich wie der in Dresden abgeschlossene, im „Courier“ nicht veröffentlicht werden. Diesem Verlangen können wir selbstverständlich nicht Rechnung tragen. In unser Fachorgan gehören alle Tarifabschlüsse. Die eingelangten Berichte müssen oftmals den Gauleitungen zur Nachprüfung übermittelt werden und daraus erklärt es sich, daß manchmal die Veröffentlichung von Berichten verzögert wird. Der Antrag auf Einführung eines Verbandsorgans läßt sich wegen der großen Anzahl Verwaltungen nicht durchführen. Auch der Antrag, in Zukunft die Drucklegung des „Courier“ dem Vorwärts zu überweisen, müßte meines Erachtens aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden. Die Annahme des Antrages, unserm Fachorgan einen anderen Namen zu geben, kann schon aus dem Grunde nicht das Wort gerebet werden, weil man erst abwarten muß, ob die angestrebte Einheitsorganisation zu Stande kommt.

In der Diskussion wird eine Redezeit von 5 Minuten beschloffen.

Dehn-Kassel wünscht, daß Unwesentliches aus den Tarifen nicht veröffentlicht werden soll.

Marr-Nürnberg meint, daß Tarife, die minderwertig sind, nicht veröffentlicht werden.

Möhl-Hamburg tritt dafür ein, daß der „Courier“ in einer anderen Druckerei hergestellt wird.

Lebenow-Berlin wünscht, daß die Redaktion sich bezüglich Kritiken in der Organisation mit den Verwaltungen verständigt.

Lübecke-Magdeburg wünscht, daß das Material aus dem Jahresbericht durch den „Courier“ den Mitgliedern in einigen Artikeln zur Kenntnis gegeben wird.

Werner-Berlin erstattet Bericht der Statutenberatungskommission über die Anträge der Press.

Reißner-München. Der „Courier“ muß mehr wissenschaftliche Artikel bringen. Nebner zieht den Antrag München auf Änderung des Namens der Zeitung zurück.

Müller-Görlitz wünscht die Streichung der Abrechnungen im „Courier“.

Masfuss-Chemnitz schiebt sich den Ausführungen des Vorredners an und wünscht, daß die gerichtlichen Urteile, welche auf unseren Beruf bezug haben, im „Courier“ besprochen werden.

Abraham-Berlin verlangt für die Kraftwagenführer ein besonderes Organ, in welchem hauptsächlich gerichtliche Urteile und sonstige Fachfragen zu behandeln sind.

Reder-Leipzig. Die Versammlungsberichte müssen unbedingt gekürzt werden. Wir sind verpflichtet, unser Fachorgan in Zukunft im Vorwärts drucken zu lassen.

Schumann-Berlin. Solange die Vorwärtsdruckerei noch nicht existierte, kam die Firma Maurer & Dimmick als Parteidrucker in Betracht. Genosse Dimmick hat sich schon unterm Sozialistengesetz als Parteigenosse betätigt. Wie die Dinge liegen, können wir zurzeit eine Änderung nicht vornehmen.

4. Verhandlungstag.

Die Diskussion über den Redaktionsbericht wird fortgesetzt.

Bärsch-Bräunschweig tritt dafür ein, daß die Tarifabschlüsse im „Courier“ weggelassen werden.

Feil-Hamburg ist der Meinung, daß wir nicht einer Druckerei unsere Arbeit übergeben, die gegenwärtige Blätter druckt.

Zimmer-Dreslau tritt dafür ein, daß die Drucklegung der Zeitung der Firma Maurer & Dimmick verbleibt.

Wagner-Hamburg. Unser Redakteur ist eigentlich zu zahm gegen die Hafenarbeiter.

Utheß-Berlin. Der „Courier“ soll mehr politische Artikel bringen. Den Lokalfisten soll man keine Beachtung schenken.

Krüger-Berlin tritt für Schaffung einer Verkehrsbeilage und eines Automobilführer-Organs ein.

Stuhns-Bosen bittet bei den Versammlungen nicht alkubiel zu streichen.

Schiller-Dresden wendet sich dagegen, daß der Dresdner Tarif nicht abgedruckt werden sollte. Ein Versammlungsanzeiger ist nicht notwendig.

Albat-Berlin tritt dafür ein, daß der Vorwärtsdruckerei die Druckaufträge überwiesen werden.

Witz-Berlin ist der Meinung, daß nur die allerwichtigsten politischen Artikel aufgenommen werden. Die Einführung der „Arbeitende Jugend“ ist dringend notwendig.

Rehlo-Breslau tritt für die Veröffentlichung eines Versammlungsanzeigers ein.

Dreher-Berlin (Schlußwort). Ein großer Fehler ist es, daß in den Versammlungsberichten im Courier immer auf den schlechten Besuch der Versammlungen hingewiesen wird. Die Quartalsabrechnungen können nicht aus allen Orten gebracht werden. Wenn eine Verkehrsbeilage erscheint, kann keine Beilage für Automobilführer herausgegeben werden. Es läßt sich nicht immer durchführen nur die günstigen Tarife zu veröffentlichen. Notwendig ist es, daß die Kollegen bei Einsendung der abgeschlossenen Tarife zwecks Veröffentlichung im Fachorgan nur das bringen, was unbedingt gebracht werden muß. Von den Gewerbevereinsbeisitzern werden leider zu wenig Berichte gebracht. In Zukunft muß nach dieser Richtung eine Besserung eintreten. Bezüglich der wissenschaftlichen Berichte muß Maß gehalten werden. Es ist viel besser, wenn, soweit Platz vorhanden, im Courier die Tagesfragen behandelt werden. Zu der Denkschrift des Vorstandes des Verbandes der Fuhrunternehmer an den Bundesrat haben wir aus dem Grunde noch nicht Stellung genommen, weil sich der Verbandstag mit der Sache und zwar in Punkt 2 der Tagesordnung beschäftigen soll. Es trifft nicht zu, daß wir den Hafenarbeiterverband angerechnet haben, sondern wir sind von diesem zuerst angegriffen worden. Für die politischen Fragen ist die Parteipresse da. Im Courier können nur ausnahmsweise politische Artikel gebracht werden, z. B. bei Land- und Reichstagswahlen. Es ist nicht möglich, allen Wünschen der Kollegen Rechnung zu tragen, es muß mit dem Raum des Courier gerechnet werden.

Der Verbandstag beschließt: Allgemein wichtige Gerichtsurlteile sollen in einer besonderen Rubrik veröffentlicht werden. Ferner soll vierteljährlich am Kopf des Blattes bekannt gegeben werden, daß mit Ablauf der 14. Restwoche die Mitgliedschaft erlischt. Der Antrag auf Herausgabe eines besonderen Organs für die Kraftwagenführer wird dem Vorstand überwiesen. Abgelehnt wird, den „Courier“ nicht mehr bei der Firma Maurer & Dimmick drucken zu lassen. Die „Arbeitende Jugend“ soll den in Betracht kommenden Mitgliedern geliefert werden.

(Zweiter Teil folgt.)

Aus dem Handelshilfsarbeiter-Leben.

Wie in den weitaus meisten Gewerben die technische Vervollkommnung, sei es der Maschine oder der Handarbeit, ein sogenanntes Spezialistentum hervorgerufen hat, so auch in modernen Handelshilfsarbeiter-Berufe. Erfordern doch die Obliegenheiten der in der Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigten Arbeiter so mannigfache Verschiedenheiten in ihrer Ausführung, daß es unmöglich ist, daß der einzelne Arbeiter für jede zu leistende Arbeit die genügende Anpassungsfähigkeit besitzt. Besonders im Handelsgewerbe haben es im Laufe der Jahre technische Fortschritte in der Warenbeförderung auf postalischem wie bahnamtlichem Wege bedingt, daß zur glatten und gewissenhaften Abwicklung der Expeditions-Geschäfte ein geschultes Personal unbedingt nötig ist.

Sehen wir nun in den Abendstunden den Verkehr auf den Postämtern der Konfektionsviertel, so wird augenfällig, was es heißt zur glatten und möglichst schnellen Ab-

fertigung beizutragen. Mit noch größerer Fertigkeit sowie Kenntnis der Abwicklungsgeschäfte müssen die Kollegen Handelshilfsarbeiter auf den Berliner Postämtern vertraut sein. Hier werden ganze Ballen, Kisten und Pakete geöffnet, um den genauen Zollwert der darin befindlichen Waren amtlich festzustellen. Nebenbei bemerkt, gehen die Zollbeamten oftmals recht unsanft mit den Umhüllungen, Kartonnagen zc. der Wareneingänge um, was schon zu vielseitigen Klagen in Kollegentreifen Veranlassung gab. Nachdem die einzelnen Pakete geprüft, nun hant durcheinander liegen, heißt es solche wieder in ihre ursprüngliche Lage und Verkleidung zurückversetzen, damit keine Ausstellungen seitens des Chefs, der Empfänger (Kundschaft) zu gewärtigen ist. Außerdem muß der mit dieser Arbeit betraute Kollege eine Portion Fachkenntnis besitzen, damit er in der Lage ist, zweifelhafte Pakete auf Material resp. Wert richtig zu stellen; kann es ihm doch sonst leicht passieren, daß Güter bis zur endgültigen Wertabschätzung einbehalten werden.

Wie hieraus ersichtlich, ist speziell zu einer solchen Beschäftigung nur ein in Lager und Material erfahrener Handelshilfsarbeiter zu gebrauchen. Um aber Fachkenntnis und diese technischen Fertigkeiten zu erlangen, bedarf es einer gewissen Intelligenz und Selbständigkeit des Betreffenden. Daß eine auskömmliche Entlohnung seitens des Prinzipals Bedingung ist, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, denn wo der Magen hungert, verliert der Kopf.

Auch im modernen Zeitungswesen hat der Fortschritt der Technik rapid Einzug gehalten. Notationsmaschinen und die erst in neuerer Zeit eingeführte Sekundärmaschine ermöglichen die Herstellung großer Zeitungsauflagen in denkbar kürzester Zeit. Aber auch diese Erfindung auf dem Gebiete der Technik erfordert einen ganzen Stab von geschulten Arbeitern. Die Bedienung der Maschinen, wie überhaupt die eigentliche Fertigtstellung der Zeitung gehört nicht zu den Obliegenheiten unserer in Zeitungsberrieben beschäftigten Kollegen Handelshilfsarbeiter. Für diese Kategorie von Arbeitern ist der Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter-Verband zuständig. Für uns kommen nur die in der Expedition und Redaktion der Zeitungen beschäftigten Voten in Frage. Kurzweg Voten genannt, hat diese Bezeichnung wie wir später ersehen werden, einen recht weitausläufigen Begriff. Die schon vorn erwähnte Intelligenz und Selbständigkeit muß gerade einem Redaktionsboten eigen sein, sonst paßt er zum Dienst gerade so wenig, wie der Bock zum Gärtner. Höflich und in jeder Hinsicht zuvorkommend muß das Leitmotiv eines jeden Redaktionsboten sein, der eine solche Stellung bekleidet. Gleichzeitig kommt es viel auf die Umgangsformen an, damit der Ruf der Vornehmheit und des Entgegenkommens bei den die Redaktion besuchenden Personen gegenüber gewahrt bleibt. Soweit der Dienst sich in und außerhalb der Redaktion abwickelt, ist solcher so vielseitig, daß es unmöglich ist, denselben im einzelnen zu behandeln. In kurzen Abrissen wollen wir jedoch versuchen, denselben zu skizzieren, damit die Ansicht, die selbst noch in Kollegentreifen herrscht, die Voten einer Zeitungsredaktion wären die beneidenswertesten Geschöpfe, etwas gedämpft wird.

Vorausgeschickt sei, daß alle Arbeit, die der Kollege zu verrichten hat, eine auf die Minute berechnete ist. Mit genauester Pünktlichkeit muß ihm sein Pflichtbewußtsein die Bestellungen, Beforderungen zc. diktieren. Außende von In- und Ausländischen Zeitungen hat er täglich an die einzelnen Ressort-Redakteure zu verteilen, immer darauf achtend, daß auch jedes Blatt zur Stelle, widrigenfalls solches sofort nachzubeforgen ist. Witzblätter und humoristische Beilagen gehören dem Feuilleton-Redakteur und muß der Bote auch solche in seinem Kopse registrieren. Dann wieder Duzende Lokal-Korrespondenzen sowie Beschaffung sämtlicher in der Redaktion in Gebrauch befindlichen Utensilien. Nichts darf fehlen, oder verspätet eingegeben, damit die schwierige und doch in gedrängter Zeit zu vollziehende den Redakteuren obliegende Fertigtstellung des Textes fürs Blatt rechtzeitig eintritt. Aber auch die gelieferten Zeitungen müssen durch den Boten eine gewisse Zeit aufgehoben werden, zu evtl. späteren Nachschlagezwecken. Zeitschriften, Monatshefte, periodisch erscheinende amtliche Veröffentlichungen müssen ebenfalls pünktlich zur Stelle sein. Schon in den Nachmittagsstunden geht die Jagd mit dem Stahlrohr durch die Straßen Berlins zur Abholung der Parlamentsberichte, wie Landtag, Reichstag und Stadterordneten-Versammlung; ganz zu schweigen von den unvorhergesehenen plötzlichen Beforderungen stets eiltiger Manuskripte oder Nachrichten. Zu allen diesen Beforderungen gehört ebenfalls eine gewisse Schulung der Kollegen, um in Bezug auf pünktliche Abholung der Berichte orientiert zu sein. Nur unrichtige Kollegen können bei längerer Tätigkeit eine Ueberflucht erlangen, über die in den einzelnen Parlamenten geflogene Handhabung bei Feststellung der Berichte, um zu wissen, in welchen Zeitabständen sich das Abholen der Berichte am besten bewahrt. Um so bedauerlicher ist die Tatsache, daß gerade in den Redaktionen jüngere Kollegen zu dieser Beschäftigung eingestellt werden, denen natürlich jedes Verständnis für die ihnen zugewiesenen Aufgaben fehlt. Einige der großen Zeitungsunternehmen haben sich dazu verstanden, ein Votensystem einzuführen, an deren Spitze ein Votenmeister steht, der den jungen Leuten Anweisungen über Wartezeit in den Parlamenten sowie sonstige zweckmäßige Anordnungen erteilt. Auch die inneren Redaktionsarbeiten werden zum größten Teil von dem Votenmeister erledigt, woraus für die Redaktionen ein großer Vorteil in technischer Hinsicht entspringt.

Wie aus vorstehenden beiden Abhandlungen hervorgeht, ist auch im Handelshilfsarbeiter-Berufe eine Spezialisierung der einzelnen Berufsgruppen unerlässlich. Ein tüchtiger, allen Anforderungen gewachener Bote ist zum Voten in Bureau, Komptor oder Redaktion ebenso ungeeignet, wie ein Bote zum Bote. Natürlich bestätigt auch hier die Ausnahme nicht die Regel. Jeder Kollege, ob Hausdiener, Bote, Ausfahrer oder Bote wird am nützlichsten wirken, wo er sich eingearbeitet und die nötigen Fähigkeiten zu seinem Posten erlangt hat. Mit den technischen Fortschritten auf allen Gebieten heißt es auch für uns Handelshilfsarbeiter gleichen Schritt halten.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

II.

Als die hauptsächlichste Aufgabe der Kartelle ist von den Gewerkschaftskongressen stets die Vertreibung der gewerkschaftlichen Agitation am Orte bezeichnet worden. Neben den dafür gemachten Ausgaben kann auch die Zahl der abgehaltenen Versammlungen als ein Gradmesser für die agitatorische Betätigung dienen.

Es wurden im Berichtsjahre abgehalten insgesamt 2668 allgemeine und 1474 berufliche Versammlungen. Das sind 290 Veranstaltungen mehr als im Vorjahre. Man kann mit der Durchschnittsziffer der stattgefundenen Versammlungen zufrieden sein. Namentlich wenn berücksichtigt wird, daß die mit kleinerer Schwere auf der Arbeitererschaft lastende Krise auch die Ausübung der Agitation ungünstig beeinflusst.

In der Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen und der Arbeiterinnenkommissionen ist leider ein Rückgang eingetreten. Im Jahre 1907 waren vorhanden: in 48 Orten weibliche Vertrauenspersonen und in 25 Orten Arbeiterinnenkommissionen. Dagegen 1908: in 30 Orten weibliche Vertrauenspersonen und in 18 Orten Arbeiterinnenkommissionen.

Es mag sein, daß es an vielen Orten an befähigten weiblichen Personen zur Vertreibung der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen mangelt. Aber gerade dieser Umstand müßte die Kartelle veranlassen, der Heranbildung weiblicher Kräfte größere Aufmerksamkeit zu widmen. Wie notwendig die Gewinnung unserer Klassen-genossinnen für die Gewerkschaften ist, das wird uns wieder zur Genüge durch die Ergebnisse der letzten Berufszählung bewiesen. Ist doch durch diese festgestellt, daß 850496 weibliche Personen in gewerblichen Betrieben beschäftigt sind. Unaufhaltsam vollzieht sich das Eindringen der Frau in das Erwerbsleben. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen vermehrt sich relativ schneller als die der Männer.

Der starken Arbeitslosigkeit haben die Kartelle im Jahre 1908 ganz besonders ihre Aufmerksamkeit zugewandt. In 133 Orten wurden Arbeitslosenführungen vorgenommen. Den Kartellen muß für die Vornahme dieser Führungen volle Anerkennung gezollt werden. Tragen doch diese dazu bei, die verheerenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise nachzuweisen und Tausenden über die in ihrer feindlichen Tendenz unserer „vielgepriesenen Gesellschaftsordnung“ die Augen zu öffnen. Gleichzeitig werden aber auch durch die Nachweisungen dieser erschreckenden Arbeitslosigkeit Staat und Kommune dazu gebrängt, sich mit dem Problem der Arbeitslosenfrage zu beschäftigen. Ist auch vorläufig eine großzügige Arbeitslosenfürsorge seitens dieser Körperschaften nicht zu erwarten, so gilt auch in dieser Beziehung für die Gewerkschaften die Parole: „Mit vereinten Kräften normwärts drängen!“

Eine durchaus notwendige Tätigkeit haben die Kartelle auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes zu entfalten. Selbst die geringen gesetzlichen Bestimmungen, die der Klassenstaat gegen die äußerste Ausbeutung der Arbeiter geschaffen hat, werden illusorisch, wenn nicht die Gewerkschaften mit eigener Energie über die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen wachen würden. Diesem Zweck dienten im Jahre 1908: 128 Beschwerdebekanntmachungen für Gewerbeinspektionsachen und 233 Bauarbeiterbeschuldigungen, die von den Kartellen unterhalten wurden. Es bestanden ferner 63 Kommissionen für die Befestigung des Koff- und Logiswesens beim Arbeitgeber. Denn die Tätigkeit der Gewerkschaften darf sich nicht allein auf die Kontrolle der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen beschränken, sondern immer wieder müssen Anläufe gemacht werden, um die bestehenden Körperschaften zur Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen zu veranlassen.

Das gleiche gilt von dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung. Hier haben die Kartelle die Aufgabe, durch intensive Agitation und gut durchgeführte Organisierung der arbeitervertreterwahlen dafür zu sorgen, daß sozialpolitisch geschulte Arbeiter zur Vertretung der Beschäftigten in den Organen des Versicherungswesens gewählt werden. Nur die planmäßige Anwendung der vereinten Kräfte der gesamten Arbeiterschaft kann den Widerstand des Unternehmertums brechen, der gegen jeden Fortschritt auf dem Gebiete sozialer Reformen gerichtet ist.

Die Bildungsbestrebungen finden durch die Kartelle eine fortlaufende unablässige Förderung. Die Zahl der Kartelle, die gemeinsame Bibliotheken besitzen, ist seit dem Jahre 1907 von 874 auf 430 gestiegen. Wesentlich wurden 1907 von 56 und 1908 von 70 Kartellen unterhalten. Ein guter Teil der von den Kartellen veranstalteten gemeinsamen Versammlungen dient durchhalten guter Vorträge ebenfalls den Bildungsbestrebungen. Derartige gemeinsame Veranstaltungen sollten besonders solche Kartelle treffen, denen nur kleinere Gewerkschaften angeschlossen sind. Sie würden sich damit einer dankbaren Aufgabe zuwenden. Wie ernst es den Kartellen mit den Bildungsbestrebungen ist, geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1908 in 235 Kartellorten Bildungsausschüsse bestanden. Mit dem Einsetzen der Bewegung zur Ausbildung der Arbeiterjugend ist auch den Kartellen ein weiteres Feld fruchtbarer Betätigung eröffnet. Von 234 Kartellen wurden im Jahre 1908 Jugendkommissionen unterhalten. Die damit beauftragte schnelle Erfassung dieser neuen Aufgabe beweist, daß die Kartelle sich bewußt sind, wie notwendig es ist, die heranwachsende Generation durch Verleitung geeigneter Bildungsmittel frühzeitig mit den Problemen des wirtschaftlichen und politischen Lebens vertraut zu machen.

Die Orte, an denen Gewerkschaftshäuser bestehen, haben seit dem Jahre 1907 eine Vermehrung von 88 auf 51 erfahren. Nach den Rassenberichten scheinen an verschiedenen Orten solche Unternehmungen noch in Vorbereitung zu sein. Wie schon in früheren Berichten hervorgehoben wurde, stehen die Gewerkschaftshäuser in der Regel nicht unter der direkten Regie der Kartelle, sondern es werden zu deren Errichtung und Verwaltung besondere genossenschaftliche Unternehmungen geschaffen. Diese Form ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Errichtung und Erhaltung der Gewerkschaftshäuser ihre hauptsächlichste Stütze in den Gewerkschaften am Orte findet. Bei den bestehenden Gewerkschaftshäusern handelt es sich auch nicht

immer um eigene erbaute oder erwerbene Häuser, sondern häufig werden mit den Inhabern passender Lokalitäten langjährige Verträge abgeschlossen, die den Gewerkschaften die ausschließliche Benutzung solcher Lokale sichern und sie an dem finanziellen Ergebnis interessieren.

In 86 Orten bestehen Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Es trifft dieses zu bei den Sekretariaten, die für größere Bezirke errichtet sind, ferner bei solchen, die sich in größeren Orten befinden, um welche sich in nicht allzu weiter Entfernung kleinere Kartelle gruppieren. Außer den Sekretariaten werden noch von 157 Kartellen Rechtsanwaltsbüros unterhalten. Ueber die Tätigkeit der Sekretariate und Anwaltsstellen wird später besonders berichtet werden.

Von 47 Kartellen wurden während des Berichtsjahres Sammlungen zur Unterfütterung von Streiks und Aussparungen veranstaltet. 83 Kartelle gewährten solche Unterfütterungen aus den Mitteln der Kartellkasse.

Amtliche Bekämpfung der Massenarmut in Deutschland.

Es trifft sich gut, daß noch vor der Entscheidung über die sogenannte Finanzreform von einer Seite die Bekämpfung der Massenarmut in Deutschland kommt, der weder Regierung noch vaterlandsfreundliche Parteien vorhalten können, sie sei „vaterlandslos“ und „antikrational“. Die Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerbeverträge treten auf den Plan als wertvolle Zeugen für die sozialdemokratische Forderung bei der Finanzreform, keine weitere steuerliche Belastung des Massenkonsums vorzunehmen. In ihren soeben veröffentlichten Berichten pro 1908 bestätigen die Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerbeverträge in der Hauptsache das, was sozialdemokratischerseits über die Entwicklung des Nationalwohlstandes behauptet wird.

Unzweifelhaft wächst der Nationalreichtum Deutschlands; es fragt sich nur, wohin der Goldregen strömt, ob auch die breite Volksmasse in die Lage kam, an Wohlstand zuzunehmen, daß sie wenigstens für einige schlechte Wirtschaftsjahre genügende Reserven ansammeln konnte. Hieran geben die Regierungs- und Gewerbeverträge in ihren Berichten fast durchweg eine verneinende Antwort. Nachfolgend stellen wir diese zeitgeschichtlich hochwichtigen Dokumente auszugsweise zusammen.

Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen berichtet der Gewerbevertragsrat, wenn auch eine eigentliche Arbeitslosigkeit in größerem Umfang nicht eingetreten sei, so hätten doch an manchen Orten die Arbeiter durch Fortfall der Nebenstunden, Betriebseinsparungen anderer Art geringere Einnahmen gehabt. Bemerkenswert ist, daß auch Lohnreduzierungen vorgenommen sind gegen die Tarifbestimmungen in den betreffenden Gewerben! Die Unternehmer nutzen also die Wirtschaftskrise zu Wutchen des Tarifvertrages aus! Im Regierungsbezirk Marienwerder hat sich der wirtschaftliche Niedergang auch in der Verschlechterung des Arbeiterverhältnisses ausgedrückt. Der Gewerbevertragsrat sagt hier, was sei „um so mehr zu bedauern, als die Lebensmittelpreise ihre bisherige Höhe behielten! Wenn schon im überwiegend agrarischen Osten die Lebensmittelpreiserhöhung so ungünstig auf den Arbeiterhaushalt einwirkt, kann man sich leicht vorstellen, wie da erst die Arbeiterfamilien in den Industriebezirken und in den Großstädten ausgezehrt werden durch die agrarische Zollpolitik.“

Der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Posen schreibt, wenn auch die Lohnsätze mit wenigen Ausnahmen „bisher noch auf der gleichen Höhe blieben“, so hätten doch in vielen Betrieben Arbeiterentlassungen, Festschließen, Schichtverkürzung usw. den Arbeitsverdienst beschnitten. Die Lebensführung der Arbeiter sei „in ungenügender Weise beeinträchtigt worden!“ Aus den gleichen Ursachen konstatiert der Aufsichtsbeamte für die Stadt Berlin, habe sich die Lage der Arbeiter „merklich verschlechtert, zumal der Rückgang der Nahrungsmittelpreise, insbesondere des Fleischpreises, nicht bemerkenswert war.“

Auffallenderweise fehlt auch in dem Bericht des Gewerbevertrags für den Regierungsbezirk Liegnitz gleichfalls in den Urlassungen mancher seiner Kollegen im mittleren und westlichen Preußen die Versicherung wieder, die Löhne seien wesentlich auf der Höhe des Vorjahres geblieben, nur hätten Betriebseinsparungen, Festschließen und Arbeiterentlassungen die Situation der Arbeiterschaft verschlechtert. Danach hält auch in dieser Hinsicht der Amerikanismus seinen Einzug in Deutschland. In den Vereinigten Staaten sind in Krisenzeiten weniger die direkten Lohnreduzierungen als das teilweise oder völlige Stilllegen der Betriebe das Mittel, welches die Unternehmer anwenden, um möglichst schadlos über die Absatzstochung hinwegzukommen. Daß die in den Betrieben verbleibenden Arbeiter aus Furcht vor gänzlicher Verbleibungslosigkeit sich williger allerhand, nach außen hin kaum bemerkbaren Lohnabnapperereien unterwerfen, lehrt die Erfahrung.

Der Aufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Erfurt ist zwar der Ansicht, es sei zu „einer eigentlichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung nicht gekommen“, muß aber von einem „sehr fühlbaren Rückgang“ der Arbeitereinkünfte berichten, „wozu noch kam, daß die Preise der Lebensmittel unverändert hoch blieben!“ Derselbe Beamte berichtet für 1906, es herrsche reichlich Arbeitslosigkeit, die Löhne steigen, trotzdem habe infolge der Lebensmittelpreiserhöhung die Lebenshaltung gegenüber den Vorjahren keine wesentliche Steigerung erfahren. Nachdem 1908 fühlbarer Verbleibungsrückgang, aber keine Verbilligung der Lebensmittel eintrat, hat der Berichterstatter demnach keinen „eigentlichen Notstand“ entdeckt. Was mag der Herr unter „eigentlichen Notstand“ verstehen?

Im Aufsichtsbezirk des hannoverschen Regierungs- und Gewerbevertrags sind die öffentlichen Behörden genötigt worden, zur Milderung der großen Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten zu vergeben. „Da die Preise für die allgemeine Lebenshaltung keineswegs gefallen sind, so ist die Lage der Arbeiterschaft im ganzen genommen schwieriger geworden!“ Auch im Regierungsbezirk Stade ist die Lage der Industrie

„recht ungünstig“, der Verdienst der Arbeiter „im allgemeinen geringer gewesen“. Aus dem Regierungsbezirk Kurich und Osnaabrück berichtet der Aufsichtsbeamte, die Wirtschaftslage habe sich „so verschlechtert“, daß neben Lohnkürzungen auch Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen vorkamen. „Die noch beschäftigten Arbeiter mußten trotz der erhöhten Lebensmittelpreise mit einem geringeren Wochenverdienst zutiefen sein.“

Der Aufsichtsrat für den Regierungsbezirk Arnberg, in dessen Amtsbezirk große Arbeitermassen in der Eisen- und Stahlindustrie und in den Bergwerken beschäftigt sind, konstatiert, die Wirtschaftslage, schon im Vorjahre ungünstig, habe 1908 zweifellos eine noch schlechtere Wendung genommen. Die Folgen hätten sich für die Arbeiterschaft in der Verminderung des Arbeiterverdienstes und des Beschäftigungsgrades „sehr fühlbar geltend gemacht“. In dem industriell hervorragendsten preussischen Regierungsbezirk Düsseldorf hat die Wirtschaftskrise das Einkommen der Arbeiter „wesentlich verringert“. Der Lohnausfall habe „die Arbeiterschaft um so härter getroffen, als die notwendigsten Nahrungsmittel den in den Vorjahren erreichten hohen Preisstand bisher fast ungeändert behielten haben“. Der Kölner Aufsichtsbeamte schreibt, das Einkommen der Arbeiter sei „stark herabgemindert“, wärend, ohne daß eine wesentliche Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel, „deren Preise in den letzten Jahren stark gestiegen sind“, eintrat. Namentlich in der Stadt Köln hätten die hohen Lebensmittelpreise „die gesamte Lebenshaltung der Minderbegüterten herabgedrückt!“

Das sind Zeugnisse von vorzüglich urteilenden Staatsbeamten über die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland; selbstverständlich gelten diese Urteile nicht nur für das preussische Staatsgebiet, weil die Wirtschaftskrise und die Nahrungsmittelverknappung nicht auf den einen deutschen Bundesstaat beschränkt ist. Der „Wohlstand“ der Arbeiterklasse ist also ein derart fadenscheiniger, daß ein einziges schlechtes Wirtschaftsjahr genügt, um die totale Mittellosigkeit der großen Massen Krax in Gesellschaft treten zu lassen. Nur Toren und Verleumdern werden einwenden, die von den staatlichen Aufsichtsbeamten konstatierte Massenarmut schreibe sich aus der „schlechten Wirtschaftlichkeit der Arbeiterfrauen“ her. Der überlegende Wirtschaftssinn ist ganz gewiß viel stärker ausgeprägt bei den Verwaltern der ärmerlichen Arbeiterhaushaltungen als in den Kreisen der „oberen Zehntausend“, deren wahrnimmige Verschwendungssucht nachgerade sprichwörtlich wurde. Die Arbeitermassen sind auch in der besten Geschäftszeit nicht in der Lage, nennenswerte Ersparnisse für die schlechtere Zeit zu machen. Daran hindert sie die auch amtlich zugegebene starke Erhöhung der Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel.

Diesen schwer unter der Wirtschaftskrise leidenden, durch die künstliche Lebensmittelpreiserhöhung noch extra ausgemerkten Massen sollen jetzt abermals bedeutende Konsumsteuern aufgeschleppt werden, damit die großen Portemonnaies geschoit bleiben können.

Zehn Jahre eines Arbeiterunternehmens.

(Hamburger „Produktion“.)

Vor uns liegt ein 190 Seiten starkes Büchlein in geschmackvollem Umschlag und innen geschmückt fast Seite für Seite mit Illustrationen bald von städtischen Süßherbgruppen, bald von Innenaufsichten von Werkstätten, Back- und Schlachträumen, Verkaufsstellen, bald von Personen- gruppen, Männern und Frauen in Sonntags- und in Arbeitskleidern. Es ist der Bericht über das 10. Geschäftsjahr des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ und erzählt uns zugleich von dem Werden und dem ersten Jahrzehnt voll Mühen und Kämpfe und voll so prächtiger Erfolge dieses vorbildlichen Arbeiterunternehmens.

Mancher Parteigenosse wird sich noch der Diskussionen erinnern, die die Gründung des Hamburger Unternehmens begleiteten, mit dem seine Schöpfer, eine kleine Elite Hamburger Parteigenossen, an ihrer Spitze Genosse v. Elm, Genosse Steinbach und der sozial denkende Hamburger Großkaufmann K. E. Wagn, etwas so ganz anderes bezweckten als nur die Versorgung der Mitglieder mit etwas besserer und billigerer Ware und die „Dinstunde“ am Jahresabschluss. Selbst in Genossenschaftskreisen wurde dem neuen, so großzügig angelegten Projekt teilweise Mißtrauen entgegengebracht. Man fürchtete das Abweichen von der alten bewährten Methode des langsamen Heranwachens aus kleinen Anfängen. Die Entwicklung der „Produktion“ hat alle Befürchtungen der verschiedenen Art glänzend widerlegt. Was heute, nach 10 Jahren, erreicht ist, daß ist wohl mehr, als selbst die begeistertsten Anhänger der Idee sich damals träumen ließen.

Den Anstoß zur Gründung der Hamburger Genossenschaft gab, wie so häufig, ein Streit, und zwar der der Hafenarbeiter und Seleute im Jahre 1896. Während dieses Streites, der Tausende arbeitslos machte, wurde es den Arbeitern recht klar, wieviel größer die Kaufkraft der für die Streikenden eingehenden Gelder sein könnte, wenn für dieselben Lebensmittel im großen Einkauf gekauft werden könnten. Gelder war eine Organisation, durch die dies hätte bewerkstelligt werden können, nicht vorhanden und auch nicht so schnell zu schaffen. Aber gleich nach Beendigung des Streites trat das Hamburger Gewerkschaftskartell in Verbindung mit einigen leitenden Personen aus der Arbeiterbewegung der Frage der Gründung einer großen Konsumgenossenschaft näher. Das Resultat einer gründlichen und mühevollen Vorarbeit war die Schaffung jenes so viel kommentierten Statuts, das der zu gründenden Genossenschaft neben der Beschaffung von Lebensbedürfnissen auch die Produktion derselben, die Befriedigung des Wohnungs- und Sparbedürfnisses der Mitglieder und manche andere Aufgaben zuwies.

Am 24. Januar 1899 fand in Anwesenheit von 800 Mitgliedern die konstituierende Versammlung der „Produktion“ statt und am 17. Juli wurde auf dem großen Neumarkt die erste Verkaufsstelle eröffnet. Bis zum Schlusse des ersten, nur 5 Monate dauernden Geschäftsjahres kamen noch 5 weitere Verkaufsstellen hinzu, während

der Umsatz auf 103 478 Mk. und die Zahl der Mitglieder auf 2350 stieg. Eine Rückvergütung konnte diesmal noch nicht zur Verrechnung kommen. Auch manch anderes Opfer mußte von jenen ersten weit von einander und von der nächsten Verkaufsstelle wohnenden Mitgliedern gebracht werden. Aber mit zähem Idealismus wurden alle Schwierigkeiten niederkämpft und bald hatten die Genossen die Freude zu sehen, wie ihr Unternehmen in der Hamburger Arbeiterbevölkerung immer fester Wurzel faßte. Am Schlusse des letzten, 10. Geschäftsjahres zählte die Hamburger Genossenschaft 35 098 Mitglieder; sie ergab in 71 Verkaufsstellen einen Umsatz von 80 417 55 Mk. und machte hierbei einen Reinerwerbsschuß von 8 123 4 Mk., von dem eine Rückvergütung von 4 1/2 Pct. verteilt werden konnte.

Aber auch ihren übrigen selbstgestellten Aufgaben als Bau- und Produktionsgenossenschaft ist die „Produktion“ gerecht geworden. Bereits im 2. Jahre ihres Bestehens erwarb sie ein großes Grundstück an der Wendensstraße, auf dem heute der riesige Speicher, die Bäckerei, Schlächterei, Kesselfabrik, Stallungen und eine Anzahl Wohnhäuser mit den Kontorräumlichkeiten und 110 Wohnungen stehen. In Darmbeck und Elmshüttel hat der Verein künstlich reizvolle Baukomplexe mit 250 resp. 100 Wohnungen geschaffen. Insgesamt sind auf Grundstücken von rund 900 000 Mk. Einlaufwert für 3 1/2 Millionen Mark Bauwerke errichtet, die neben Betriebsräumen 512 schöne und preiswerte Wohnungen enthalten.

Wie weit die Verwirklichung des Gedankens der Eigenproduktion bereits gediehen ist, beweist die Tatsache, daß von den rund 8 Millionen Mark Waren-umsatz der Genossenschaft im letzten Jahre für 3 1/2 Millionen oder 44 Pct. in eigenen Betrieben hergestellt wurden oder eine Veränderung erfuhren. Die im Jahre 1903 errichtete Bäckerei hatte im verfloßenen Jahre einen Umsatz von 1 090 081 Mk. Sie beschäftigt 54 Arbeiter und Arbeiterinnen und braucht zur Fortschaffung ihrer Erzeugnisse nach den Verkaufsstellen 9 Gelpanne und 2 Automobile. Die Schlächterei, die seit 1906 in großem Maßstabe betrieben wird, hat in ihrem Umsatze die Bäckerei sogar noch überflügelt. 960 246 Mk. war 1908 der Wert der Produkte dieses mit den modernsten Einrichtungen ausgestatteten Unternehmens, in dem 10 816 Schweine, 679 Ochsen und 379 Kälber ihr Leben lassen mußten und das 2460 Angestellte beschäftigt. — Außer diesen beiden Unternehmungen betreibt die „Produktion“ noch eine große Kaffeerösterei, eine Dampfwascherei, eine Schlosserei, Tischlerei, Klempnerei. In allen diesen Produktionsbetrieben wurden 187 Personen beschäftigt, außerdem 66 im Hauptlager, 297 in den Verkaufsstellen, 42 in Kontor und Verwaltung, zusammen 592 Personen. Die Arbeitszeit beträgt im Kontor und den meisten Produktionsbetrieben 8 Stunden, in den Verkaufsstellen und der Schlächterei und Klempnerei 9 Stunden, während die Küchler eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden haben. Auch in Bezug auf die Gehälter und Löhne dürfen die Arbeitsverhältnisse der „Produktion“ als muster-gültig bezeichnet werden.

Auch als Sparverein hat diese „Produktion“ Bewunderungswürdiges geleistet. Dank der viel umstrittenen Einrichtung des Notfonds, derzufolge jedem Mitglied seine Dividende zunächst bis zur Höhe von 100 Mk. aufgespart wird, konnte sie bis Ende 1908 für 11 821 Mitglieder 419 868 Mk. auf sammeln, von denen 4868 Mitglieder im letzten Jahre auf Grund von Notfällen Abhebungen in Höhe von 112 704 Mk. machten. Die übrigen gemeinschaftlichen Fonds hatten bis zum Schlusse des Jahres die Höhe von 126 904 Mk. erreicht. Die Geschäftsanteile betragen 518 618 Mk.

So steht die Hamburger Genossenschaft heute äußerlich und innerlich gefestigt da, ein junger starrer Proletarier, und hoffnungsvoll tritt sie das zweite Jahrzehnt ihres Lebens, das eben so reich an Arbeit und Erfolgen sein möge, wie das erste.

Die Kapitalkonzentration im Handel.

Diese Vorgänge im Gebiete der Warenhäuser lenken die Aufmerksamkeit auf die Frage der Konzentration im Handelsgewerbe überhaupt. Jetzt liegen die allgemeinen Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung für Preußen so weit vor, daß man etwas genauere Vergleiche anstellen kann. Es waren also in Preußen im Handel und Verkehr beschäftigt: 1095 — Selbständige 484 885 Nichtselbständige — also Lohnarbeiter aller Art — 871 771, dagegen 1907: Selbständige 590 298, Lohnarbeiter 1 465 880. Absolut hat also die Zahl der Selbständigen zugenommen, relativ ist sie stark zurückgegangen, denn es kamen 1895 auf 100 Selbständige 180 Lohnarbeiter; 1907: 201. Die Betriebszählung zeigt folgendes: Es wurden gezählt im Handelsgewerbe (ohne Versicherung, Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft):

Betriebe	1895	1907	Zu- oder Abnahme in Prozenten
Alleinbetriebe	198 470	178 196	- 9,9
Mit 1-5 Personen	143 462	272 652	+ 90,0
„ 6-50 „	18 889	80 100	+ 60,0
„ über 50 „	295	1 008	+ 242,4

Nun ist gerade im Handelsgewerbe die Zahl der beschäftigten Personen ein sehr wenig zuverlässiger Maßstab, denn es gibt zahlreiche Engros-Geschäfte, die mit sehr wenig Personal riesengroße Umsätze machen; das gleiche gilt von Bank- und Kommissionsgeschäften. Daher ist es durchaus nicht berechtigt, alle Betriebe, die unter sechs Personen beschäftigt sind, zu den Kleinbetrieben zu rechnen. Insbesondere, wenn wir sehen, daß die Zahl der Betriebe mit mehr als 50 Personen — die im Handel unter allen Umständen zu den Großbetrieben zählen — um 242 Prozent zugenommen haben in einem Zeitraum von 12 Jahren, so ist das allein zweifellos ein schlagender Beweis für die rasche Konzentration, die sich im Handel vollzieht.

Dagegen sehen wir die Zahl der „Alleinbetriebe“, das sind hier vor allem die Kramläden, abnehmen. Das wiegt

um so schwerer, als ja zweifellos auf dem flachen Lande und in den kleinen Orten die Bedingungen für die Krämer günstig liegen. In dem Maße, wie die ländliche Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung sich mehr und mehr der städtischen nähert, wächst ihr Bedarf an Waren, die sie kaufen muß. Deshalb nimmt die Zahl der Ladengeschäfte auf dem Lande zweifellos zu; die Verringerung in den Städten muß bei weitem größer sein, als es in jener Ziffer ausgedrückt ist.

Ferner kommt in Betracht: die genannten Zahlen beziehen sich nicht auf die Unternehmungen, sondern auf die Betriebe. Jeder Laden ist hier als Betrieb für sich gerechnet. Nun sind gerade in den letzten Jahren zahlreiche Großhandelsfirmen dazu übergegangen, eigene Detailgeschäfte zu eröffnen. Es gibt z. B. Kaffeehandelsfirmen, die Hunderte von Läden in verschiedenen Städten halten, ähnlich im Zigarrenhandel, im Handel mit Schuhwaren. Einen Anhalt, wie stark das ins Gewicht fällt, bietet folgende Erwägung: außer den „Alleinbetrieben“ werden Betriebe mit nur einer Person als „Scheibbetriebe“ aufgeführt. Ein Betrieb, der kein „Alleinbetrieb“ ist, also nicht vom Eigentümer geleitet wird, kann im Handel nur ein Filialgeschäft sein, also ein Betrieb, der ein Teil eines größeren Unternehmens ist. Die Zahl solcher Betriebe mit nur einer Person ist nun von 23 871 im Jahre 1895 auf 80 521 im Jahre 1907 gewachsen. Schalten wir diese Betriebe aus der Zahl der Kleinbetriebe (1 bis 5 Personen), wohl sie nicht gehören, aus, dann erhalten wir für 1895 119 591, für 1907 131 876 Betriebe, und die Zunahme ist dann nicht mehr 90, sondern nur noch 10 Prozent. — Auch nach Anbringung dieser Korrektur ist aber zweifellos noch ein beträchtlicher Teil der Betriebe mit 1-5 Personen als Bestandteil größerer Unternehmen zu betrachten.

Es würde also die Zahl dahin zu korrigieren sein: die Zahl der „Alleinbetriebe“ hat um nahezu 10 Prozent abgenommen, wobei die Abnahme in den Städten zweifellos viel bedeutender ist; die Zahl der Kleinbetriebe hat um weniger als 10 Prozent zugenommen, während die Zahl der Betriebe mit 6 bis 50 Personen um 69 Prozent, die Zahl der Betriebe mit mehr als 50 Personen um 242 Prozent zugenommen hat. Das ist zweifellos eine ganz gewaltige Konzentration des Handelsgewerbes.

Auch bei den Zahlen der Berufszählung müssen indessen Korrekturen gemacht werden. Nicht alle Personen, die sich als „Selbständige“ bei der Zählung bezeichnen, können auch wirklich als solche gelten, und das gilt ganz besonders beim Handel. Als „Selbständige“ bezeichnen sich z. B. die Agenten aller Art. Es ist indessen klar, daß diese Selbständigkeit in hohem Grade problematisch ist. Diese Agenten sind in Tausenden von Fällen kaum etwas anderes als Angestellte der Firmen, für die sie arbeiten; der Unterschied ist nur der, daß sie Provisionen beziehen, die im allgemeinen höher sind, als das Salär der Angestellten, aber auch um so unsicherer. Wie sehr die Zahl dieser Agenten ins Gewicht fällt, zeigen folgende Beispiele: Im Versicherungsgewerbe werden „Alleinbetriebe“ gezählt: 1895 — 2917; dagegen 1907 — 7943, und als im Hauptberuf Tätige sind angegeben: „Selbständige“ im Versicherungsgewerbe 1895 — 8705, 1907 — 8719. Das ist offenkundiger Unsin. Versicherungen können nur von öffentlichen Anstalten, von Genossenschaften oder von großkapitalistischen Unternehmungen betrieben werden. Es gab denn auch in ganz Deutschland im Jahre 1905 nach dem statistischen Jahrbuch nur 1188 private Versicherungsgesellschaften. Die Zahl von 8719 „Selbständigen“ für Preußen ist also offenbar unsinnig; es sind das einfache Agenten. Ferner finden wir 28 519 „Selbständige“, die direkt als Agenten, Kommissionäre und Makler bezeichnet sind; der weitaus größte Teil von ihnen hat kaum irgendwelchen Besitz. Dann figurieren hier 22 990 Hausierer. Aber auch von denen, die sich als Kaufleute bezeichnen, gibt es viele Tausende, die alles eher, denn „Selbständige“ sind, und schon in keinem Falle der besitzenden Klasse zugezählt werden können. In noch höherem Grade gilt das von der Gruppe „Verkehr“. Hier marschieren als „Selbständige“ auf: 804 Lohnbedienter, Kofferträger, Fremdenführer, 1026 Dienstmänner, 1588 Reichenbestatter und Totengräber, 21 915 Droschkenbesitzer, 20 432 Frachtführer usw. Unter den letzten beiden Kategorien gibt es eine Anzahl kapitalistische Unternehmer, aber der bei weitem größte Teil ist der sozialen Stellung nach, direkt proletarisch. Dann kommt die Kategorie der Restaurateure und Schankwirte. Ihre Zahl ist stark gestiegen, von 64 917 auf 152 198, aber mit ihrer Selbständigkeit steht es sehr windig aus. Die weitaus meisten von ihnen sind heute weiter nichts anderes als Bierverkäufer, die von den Großbrauereien eingezogen sind, wobei die ganze Wirtschaftsentwicklung bis auf den letzten Nagel der Brauerei gehört.

Wenn also die Zahl der „Selbständigen“ stark gestiegen ist, dann ist nur ein geringer Teil von diesem Zuwachs als wirklich im sozialen Sinne selbständig zu betrachten. Wollen wir auf Grund der Berufszählung eine Scheidung in Angehörige der kapitalistischen und der proletarischen Klasse im Handel und Verkehr vornehmen, dann müßten wir die Zahl der „Selbständigen“ ganz bedeutend reduzieren.

Dagegen ist die Zahl der Lohnarbeiter viel zu gering angegeben, denn unter jenen 1 465 000 Lohnarbeitern sind nicht gezählt die Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphendienstes, deren Zahl in Preußen im Jahre 1907 weit über 500 000 betragen hat (452 269 allein im Eisenbahndienst im Jahre 1906).

Somit würde die Zahl der Selbständigen im Handel und Verkehr weniger als 500 000, die Zahl der Lohnarbeiter im weiteren Sinne weit über 2 Millionen betragen. Der Konzentration entspricht eben die Proletarisierung.

Worauf es ankommt, das ist, das stets wachsende Meer der Proletarier auch mit proletarischem Geiste zu erfüllen. Die Entwicklung arbeitet uns in die Hände, an uns ist es, die Arbeit zu verrichten, um diese Entwicklung unserer Klasse voll dienstbar zu machen.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1908.

II.

Wenn man untersucht, wie sich der deutsche Außenhandel in den einzelnen Warengruppen und Waren-gattungen gestaltet hat, so fällt zunächst die große Verschiebung in die Augen, die sich bei der Waren-gruppe der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse, Nahrungsmittel usw. im Vergleich zum vorausgegan-genen Jahre vollzogen hat. Die Einfuhrmenge ist von 237,07 auf 214,94 Millionen Doppelzentner zu-rückgegangen, die Ausfuhrmenge von 38,06 auf 44,58 Millionen Doppelzentner gestiegen. Der Wert der Ein-fuhr hat sich von 5513,8 auf 5253,9 Millionen Mark verringert, der Wert der Ausfuhr von 1074,5 auf 1161,0 Millionen Mark erhöht. Damit ist der Einfuhr-überschuß von 4439,3 auf 4102,9 Millionen Mk., also um 336,4 Millionen Mk. zurückgegangen. Berücksichtigt man nur die Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Viehwirtschafts, so ist die Einfuhr von 2767,6 auf 2621,5 Millionen Mk. gesunken, die Ausfuhr von 300,2 auf 393,9 Millionen Mk. gestiegen. Dem Hauptanteil an dieser Veränderung hatte das Getreide. Es ist zu-rückgegangen die Einfuhr von Weizen von 384,5 auf 358,1 Millionen Mk., Roggen von 89,2 auf 50,3; Malzgerste von 51,1 auf 45,5; andere Getreide von 230,7 auf 207,5; Hafer von 41,4 auf 36,1 und Mais von 136,8 auf 82,4 Millionen Mk.. Der Rückgang der Einfuhr bei diesen sechs Warengruppen beträgt also 148 Millionen Mk. Andererseits ist gestiegen die Ausfuhr an Roggen von 33,6 auf 86,7, Weizen von 14,7 auf 45,2 und Hafer von 47,0 auf 62,5 Millionen Mk.. Getreide und Mais kommen für die Ausfuhr nicht in Betracht. Die Getreideausfuhr zeigt also eine Zunahme um rund 100 Millionen Mk.. Hierzu tritt noch die Mehlausfuhr mit einer Erhöhung um 28 Mil-lionen Mk.. Der Veränderung der Getreide- und Meh-lausfuhr zu Gunsten der Ausfuhr um 276 Millionen Mk. würde man sich eher freuen können, wenn Deutschland tatsächlich einen Ueberschuß an Getreide hätte und wenn nicht durch das Einfuhrschichtsystem einerseits die In-landspreise zu Ungunsten der Konsumenten künstlich hoch gehalten würden, andererseits dem Netze die ihm so nötigen Einnahmen aus den Böllen geschmälert würden. Die Weizenimport betrug nach Abzug der Ausfuhr auf 18,3 Millionen Doppelzentner gegen 23,6 Millionen im Jahre 1907, 17,3 im Jahre 1906, 21,2 im Jahre 1905 und 18,6 im Jahre 1904, lag also um 1,8 Millionen Doppelzentner unter dem fünf-jährigen Durchschnitte. Wie sie sich in den letzten vier Jahren auf die einzelnen Hauptbezugsländer ver-teilt hat, zeigt die nachstehende Tabelle in Doppel-zentnern:

	1908	1907	1906	1905
	Dz.	Dz.	Dz.	Dz.
Argentinien	8 771 868	8 608 374	5 188 788	7 166 420
Ver. Staaten	7 466 975	5 427 795	2 988 868	659 220
Rußland	2 681 846	5 645 280	7 256 840	10 062 877
Rumänien	1 480 086	8 488 578	8 022 292	8 867 212
Australien	62 802	716 170	870 884	468 898

Sternach ist in Rußland, das früher stets den ersten Platz behauptet und ihn erst im Jahre 1907 an Argentinien abgegeben hatte, infolge seiner ungünstigen Ernten jetzt durch die stark gestiegene Einfuhr aus den Vereinigten Staaten auf den dritten Platz verdrängt worden. Argentinien hat die erste Stelle mit einer noch etwas gestiegenen Einfuhrmenge behauptet.

Die Vieheinfuhr, die in den Vorjahren stark zu-rückgegangen war, hat sich etwas gehoben. Rindvieh sind 209 685 Stück eingeführt gegen 199 151 im Jahre 1907, 270 145 im Jahre 1906 und 332 339 im Jahre 1905. Die Schweineinfuhr betrug, abzüglich der sehr zurückgegangenen Ausfuhr nach der Schweiz, 88 578 gegen 54 463. Lebende Gänse sind 7,52 Millionen Stück eingeführt gegen 7,21 Millionen im Jahre 1907. Die Fleischeinfuhr ist beim Rindfleisch von 159 785 auf 123 511 Doppelzentner zurückgegangen, beim Schweinefleisch von 47 695 auf 69 468 Doppelzentner gestiegen. Die Schmalzeinfuhr hat sich von 1 048 051 auf 1 087 020 Doppelzentner und dem Werte nach von 94,3 auf 97,7 Millionen Mk. gehoben, dagegen ist der Wert der Oleomargarineinfuhr von 30,0 auf 22,1 Millionen Mk. gesunken. Auch die Buttereinfuhr hat sich von 80,6 auf 70,4 Millionen Mk. verringert, wa-gen die Einfuhr von Milch und Rahm von 18,2 auf 19,5 Millionen Mk. gestiegen ist. Um mehr als 10 Millionen Mk. (von 149,7 auf 139,3 Millionen) ist die Getreideinfuhr zurückgegangen.

Die Holzinfuhr zeigt eine empfindliche Abnahme. Die gesamte Einfuhr von Erzeugnissen der Forstwirt-schaft betrug 75,67 Millionen Doppelzentner im Werte von 534,9 Millionen Mk. gegen 32,47 Millionen Dz. im Werte von 572,9 Millionen Mk. im Jahre 1907. An dem Rückgang ist Schweden verhältnismäßig etwas mehr beteiligt als Oesterreich-Ungarn und Rußland; die Holzinfuhr aus den Vereinigten Staaten hat zugenommen.

Die Zuckerausfuhr ist weiter zurückgegangen; sie betrug nur 8 179 885 Doppelzentner gegen 9 168 503 im Jahre 1907 und 12 369 927 im Jahre 1906. An der Abnahme ist der Verbrauchszucker weit stärker be-teiligt als der Rohzucker, dessen Ausfuhr von 3 899 170 auf 3 656 121 Doppelzentner gesunken ist. Allerdings hat England 600 000 Doppelzentner Rohzucker weniger bezogen als im Jahre 1907, und auch die Ausfuhr nach Argentinien ist um 163 000 und die nach den Niederlanden um 85 000 Doppelzentner zurückgegangen, aber die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1907 fast gar keinen Rohzucker aus Deutschland erhalten hatten, haben im Jahre 1908 rund 650 000 Doppelzentner entnommen. An dem Rückgang der Verbrauchszucker-ausfuhr ist vornehmlich die Verminderung des eng-lischen Bedarfs schuld; so gingen nach England nur 3 190 295 Doppelzentner Kristallzucker gegen 3 572 902

im Jahre 1907. Der Wert der gesamten Zuckerausfuhr betrug 173,5 Millionen Mk. gegen 194,9 im Jahre 1907 und 226,0 im Jahre 1906. Der Wert der Zuckereinfuhr, der im Jahre 1907 nur wenig über 1 Million Mk. betragen hatte, ist auf fast 4 Millionen Mk. gestiegen, weil Rußland 130 000 Doppelzentner Kristallzucker im Veredelungsverkehr eingeführt hat.

Die Textilindustrie hat nach dem sehr günstigen Jahre 1907 im Berichtsjahre einen empfindlichen Rückschlag in ihrem Verkehr mit dem Auslande erfahren. Die Einfuhr von Rohmaterialien und Hilfsfabrikaten hat nachgelassen, was ein ungünstiges Beweismittel für den Beschäftigungsgrad abgibt, noch mehr aber ist die Ausfuhr von Fabrikaten gesunken. Die Einfuhr von Rohbaumwolle betrug nach Abzug der Ausfuhr nur 3 986 364 Doppelzentner gegen 4 254 507 Doppelzentner im Jahre 1907. Damit ist der Wert des Einfuhrüberschusses von 485,3 auf 461,9 Millionen Mk. gesunken. Der Wert der Einfuhr von Schafwolle, ebenfalls nach Abzug der Ausfuhr, betrug 339,1 Millionen Mk. gegen 350,3 im Jahre 1907. Auch Flach, Hanf und Jute zeigen niedrigere Einfuhrzahlen. Die Einfuhr von Kammingen ist zwar um 8 Millionen Mk. gestiegen, aber die von Kammgarnen und Wollgarnen zeigt eine Verminderung von 33 Millionen Mk. und die Baumwollgarneneinfuhr ist sogar um 40 Millionen Mk. gesunken. Die Ausfuhr von Wollwaren zeigt einen Rückgang um 24 Millionen Mk. und die von Baumwollwaren einen solchen um 48 Millionen Mk. Er erstreckt sich vornehmlich auf überseeische, besonders einige südamerikanische Länder; so ist die Ausfuhr von wollenen Kleiderstoffen usw. nach Chile von 7816 auf 2360 Doppelzentner und von baumwollenen Geweben ebendort von 15 104 auf 4164 Doppelzentner zurückgegangen.

Für die sonstigen wichtigsten Industrieartikel seien folgende Ausfuhrzahlen in Millionen Mark gegenübergestellt:

	1908	1907	1908 mehr (+) od. wenig. (-) als 1907
Maschinen	420,7	387,3	+33,4
Farben und Farbwaren	213,9	236,5	-22,6
Chemische Grundstoffe zc.	200,0	196,5	+3,5
Papier, Pappe und Waren daraus	185,3	190,0	-4,7
Elektrotechn. Erzeugnisse	185,2	167,3	+17,9
Leder	169,4	152,6	+16,8
Kupferwaren	160,7	150,8	+9,9
Fürschneidwaren	114,2	106,5	+7,7
Glas und Glaswaren	104,7	115,3	-10,6
Fertige Kleider und Waren	104,2	122,7	-18,5
Fahrzeuge	98,9	119,0	-20,1
Bücher, Bilder, Gemälde	98,9	94,9	+4,0
Tonwaren	93,8	108,3	-12,5
Lederwaren	78,7	81,7	-3,0
Kinderpielzeug	66,6	80,3	-13,7
Tonwerkzeuge (Klavier zc.)	56,6	64,6	-8,0
Chemische und pharmaz. Erzeugnisse	56,2	52,6	+3,6
Geldwaren	56,0	81,0	-25,0
Zinn und Zinnwaren	50,6	49,5	+1,1
Kautschukwaren	47,3	47,3	0
Holzwaren	33,9	34,7	-0,8
Sprengst., Schießbedarf zc.	25,8	32,8	-7,0
Zinn und Zinnwaren	25,1	28,1	-3,0
Künstliche Düngemittel	25,1	26,5	-1,4
Decksachen	25,0	23,8	+1,2
Nhren	24,6	28,4	-3,8
Silberwaren	22,1	26,5	-4,4
Zement	15,9	20,8	-4,9

Die Mehrzahl dieser Waren zeigt also im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang, der am größten war beim Kinderpielzeug, beim Glas, bei den Kleider, den Fahrzeugen (für Fahrräder und Fahrradteile um 10 Millionen Mk.), Farbwaren und den Geldwaren. Bei letzteren hat besonders der Export nach England, Frankreich und Oesterreich-Ungarn nachgelassen, während der nach Rußland und den Vereinigten Staaten gestiegen ist. Ausgenommen hat besonders die Ausfuhr von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Ueber den Außenhandel in Eisen und Kohlen ist bereits berichtet. Es bleibt nur noch zu erwähnen, daß an der Steigerung der Eisenerzausfuhr um 10,0 Millionen Doppelzentner Oesterreich-Ungarn mit 4,1, die Niederlande mit 2,6, Frankreich mit 2,6 und Belgien mit 2,1 Millionen beteiligt sind, während die Ausfuhr nach der Schweiz um 1,2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen ist.

Die „Lasten“ der Arbeitgeber durch die Arbeiterversicherung.

Auch bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung ist der hauptsächlichste Einwand der bürgerlichen Parteien gegen den weiteren Ausbau der Leistungen der Versicherung der, daß die Belastung der Unternehmer unerschwinglich werde und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie leide. So beschloß die konservative Partei auf ihrem Delegiertentag, dem Ausbau der Arbeiterversicherung nur insoweit zuzustimmen, „als es mit der wirtschaftlichen Lage der gesamten deutschnationalen Produktion vereinbar“ sei. Ähnlich haben sich auch schon die Führer anderer bürgerlichen Parteien geäußert.

Nach der Statistik der Arbeiterversicherung sind diese Lasten gar keine so erheblichen. Im Jahre 1907 betrug die von sämtlichen 23 232 Kranken kassen des Reiches eingehobenen Beiträge 297 414 398 Mk. Wieweil hiervon auf die Arbeitgeber und wieweil auf die Versicherten entfällt, ist bei der ganzen Mangelhaftigkeit der Statistik nicht ersichtlich. Es wäre aber falsch, anzunehmen (wie es nahe läge), daß von der angegebenen Summe ein

Drittel von den Arbeitgebern herrühre. Zunächst ist zu bedenken, daß sich unter der Summe ca. 21 Millionen Mk. befinden, die von den freien Hilfsklassen eingenommen worden sind, zu denen also die Arbeitgeber nicht einen Pfennig beigetragen haben. Sodann ist hervorzuheben, daß auch bei den Zwangs-kassen ein großer Teil der Mitglieder freiwillig versichert ist, und die Beiträge voll aus eigenen Mitteln zahlt. Im Durchschnitt entfielen auf ein Mitglied bei allen Klassen zusammengekommen an Beiträgen, Zusatzbeiträgen und Eintrittsgeldern 24,75 Mk. Da hierin auch die Zusatzbeiträge und Eintrittsgelder eingerechnet sind, welche die Versicherten voll allein aufbringen müssen, geht man wohl nicht fehl, wenn man den durchschnittlichen Anteil eines Arbeitgebers an den Beiträgen für einen Versicherten auf etwa 7 Mk. pro Jahr beziffert. Im Verhältnis zum Lohne dürfte der Zuschuß der Arbeitgeber zu den Krankenversicherungsbeiträgen im Durchschnitt ca. 1/4 % betragen.

In der Invalidenversicherung betrug im Jahre 1907 bei sämtlichen Versicherungsanstalten die Beitragseinnahme 178 648 176 Mk. Die Zahl der eingehobenen Wochenbeiträge betrug 704 749 288 Mk. Rechnet man, daß auf einen Versicherten durchschnittlich jährlich 50 Beitragswochen entfallen, so waren in dem genannten Jahr 14 095 000 Versicherte vorhanden. Auf einen Versicherten entfällt somit der Betrag von 12,80 Mk. Daß diese Berechnung stimmt, geht daraus hervor, daß das Reichsversicherungsamt selbst den Durchschnittswochenbeitrag im Jahre 1907 auf 24,92 Pfennige berechnet. Bei 50 Wochenbeiträgen das Jahr ergibt das ebenfalls einen Beitrag von 12 1/2 Mk. Da in der Invalidenversicherung die Arbeitgeber die Hälfte des eigentlichen Beitrages beisteuern, so haben sie etwa pro Jahr 6,40 Mk. für einen Versicherten aufzuwenden. Das dürfte 1/2 % vom Lohne sein. Im übrigen gibt es auch in der Invalidenversicherung eine große Zahl Selbstversicherte.

In der gewerblichen Unfallversicherung — die landwirtschaftliche muß zunächst wegen ihrer unvollkommenen Angaben von der Betrachtung ausschalten — betragen im Jahre 1907 die eingehobenen Umlagen (Beiträge) insgesamt 129 448 893 Mk. Die Zahl der durchschnittlich Versicherten ist auf 9 018 367 Mk. angegeben. Es entfällt also auf einen durchschnittlich Versicherten der Betrag von ca. 14,30 Mk. (gegen 14,40 im Jahre 1906). Die an die angegebene Zahl der Versicherten im Jahre 1907 tatsächlich gezahlten Löhne betragen 8 412 959 295 Mk. Die Umlagen betragen also 1,6 % der Löhne (gegen 1,6 % im Jahre 1906). Die „Lasten“ sind also sogar geringer geworden. Zu der landwirtschaftlichen Unfallversicherung betragen im Jahre 1907 die eingehobenen Beiträge 88 685 328 Mk. für 11 189 071 Versicherte. Es entfällt hier also auf jeden Versicherten der Betrag von 3,40 Mk. Das ist ein ganz lächerlich geringer Betrag, wegen dem die Agrarier kein solches Aufhebens machen sollten. Was die Gesamtsumme der in der Unfallversicherung aufgetragenen Beiträge betrifft, so bleibe nicht unerwähnt, daß namentlich bei diesem Versicherungszweig eine große Zahl Selbstversicherter vorhanden ist (die kleinen Unternehmer usw.), und die Summe nicht allein „für die Arbeiter“ aufgewendet worden ist.

Eine Zusammenstellung ergibt, daß ein Unternehmer für einen gewerblichen Arbeiter, der allen drei Zweigen der Versicherung angehört, jährlich ca. 27,70 Mk. oder 3 % des ausgezahlten Lohnes an Beiträgen für die Versicherung im Durchschnitt zu entrichten hat. Für einen landwirtschaftlichen Versicherten dürfte sich — wenn man die niedrigen Beiträge der Gemeindefrankenversicherungen berücksichtigt — der Betrag etwa auf die Hälfte, nämlich ca. 14 Mk. stellen. Dabei ist noch zu beachten, daß sich viele Arbeiter nicht in allen drei Zweigen der Versicherung befinden.

Von einer „drückenden“ Belastung durch die Versicherungsbeiträge kann namentlich dann nicht gesprochen werden, wenn man die zu zahlenden Beiträge nicht als Prozentteil des Lohnes, sondern, wie es viel richtiger ist, als Prozentteil des Jahresumsatzes des Geschäftsinnehmers berechnet. Die Beiträge werden von den Unternehmern als Geschäftskosten mitalkuliert und erscheinen im Preise der Waren wieder. Eine dahingehende Umrechnung der „Lasten“ ergibt, daß sie höchstens 1/2 % des Jahresumsatzes bilden. Das ist ein so geringer Betrag, daß man dabei von einer Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit nicht reden kann. An dem 1/2 % scheitert im Auslandsverkehr kein Geschäft. Hierbei ist auch nicht zu übersehen, daß diejenigen Länder, mit denen die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt in allererster Linie zu konkurrieren hat, wie z. B. England und Amerika, so erheblich höhere Arbeiterlöhne bezahlen, daß im Grunde niemand behaupten kann, die deutsche Industrie sei im Nachteil.

Die Organisation der Arbeit in England.

Ein gigantisches Projekt ist es, das der englische Handels- und Arbeitsminister Lord Churchill ausgearbeitet und dem Unterhause unterbreitet hat. Er will das ganze Land mit einem Netz von Arbeitsbörsen überziehen, mit einer Zentralbörse in London. Er unterscheidet je nach der Größe und Bedeutung der Städte drei Klassen von Arbeitsbörsen: zirka 40 erstklassige, die auf Städte von über 100 000 Einwohner kommen; 45 zweitklassige für Städte von 50 000—100 000 Einwohner, und schließlich 150 drittklassige Börsen für kleinere Ortschaften, insgesamt also zirka 250 Börsen, die zunächst in Mieträumen untergebracht werden sollen, jedoch soll mit dem Bau eigener Gebäude sofort begonnen werden, nachdem das Gesetz angenommen sein wird. Durch diese Arbeitsbörsen soll nach und nach jede andere Arbeitsvermittlung ausgeschaltet werden. Jedoch steht das Projekt auch eine Unterstützung und ein Zusammenarbeiten mit den Arbeitsnachweiser der Gewerkschaften vor. Die Kontrolle über die einzelnen Arbeitsbörsen wird einer paritätisch zusammengesetzten Kommission von Unternehmern und Arbeitern, mit einem Beamten als Vorsitzenden an der Spitze, übertragen, das ganze untersteht dem Handelsminister. Die Kosten werden auf 8 1/2 Millionen Mark jährlich (ohne die Gebäude) veranschlagt.

Mit diesem Projekt verknüpft ist ein anderes, das der staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung. Die Kosten für diese sollen aufgebracht werden von den Arbeitern, den Unternehmern und dem Staat; man glaubt mit 6 Pencees (50 Pf.) pro Woche auszukommen, in welche Summe sich die oben genannten drei Beteiligten zu teilen hätten. Jeder Arbeiter, ob gelernt, oder ungelern, organisiert oder nichtorganisiert, bekommt sein Buch, indem die Beiträge abgestempelt werden; kann ihm Arbeit nicht nachgewiesen werden, erhält er eine Arbeitslosen-Unterstützung. Für falsche Angaben, die den Beamten der Arbeitsbörsen gemacht werden, sind hohe Strafen vorgesehen. Die Bestimmungen betreffend die Arbeitslosen-Versicherung beschränken sich zunächst auf einige Industrien: das Baugewerbe, die Maschinenbau-, Schiffsbau-, und Wagenbau-Industrie. Diese umfassen zusammen etwa 2 1/4 Millionen Arbeiter.

Soll dieses groß angelegte Projekt wirklich gut funktionieren, so werden die darin vorgesehenen Einrichtungen über kurz oder lang obligatorisch, einen öffentlich rechtlichen Charakter erhalten müssen. Die gewerksmäßige Stellenvermittlung, die in England genau dieselben Mißstände gezeitigt hat, wie bei uns, werden zu beseitigen sein, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise werden an die Börsen angegliedert werden müssen. Was die Arbeitslosen-Unterstützung anlangt, so scheinen von dieser einige Gewerkschaftsführer einen ungünstigen Einfluß auf die Gewerkschaften zu befürchten. Sicherlich zu Unrecht, da die staatliche Arbeitslosen-Unterstützung zunächst ziemlich niedrig gehalten sein wird, sie ist zugeschnitten auf die große Zahl der ungelernen Arbeiter; dagegen wird die ganze Arbeiterklasse einen großen Gewinn dadurch haben, daß in Zukunft das große Heer der Arbeitslosen wenigstens ein Existenzminimum erhält, und so weniger geneigt ist, als Lohnrücker aufzutreten.

Die Arbeiterbörsen sind zugleich aber auch als Zentren der Arbeit überhaupt gedacht. Diese Gebäude werden Wartezimmer, Lesezimmer und Waderäume für Arbeitslose, sowie Kantinen, in denen es Essen und alkoholfreie Getränke gibt, enthalten. Hier werden aber auch die Anti-Sweating Boards, überhaupt alle, im Interesse der Arbeit bestehenden oder noch einzuführenden Einrichtungen ihren Sitz erhalten. Für die Gewerkschaften werden Sitzungszimmer zur Verfügung stehen usw. Hand in Hand hiermit geht eine Reorganisation des Arbeitsamtes beim Handelsministerium. Dieses enthält drei Unterabteilungen. Die erste hat sich zu beschäftigen mit Lohnfragen, mit dem Schwidrigkeit und den Schiedsgerichten; die zweite ist für Statistiken, Produktions-Ermittlungen und die Labour Gazette; der dritten unterstehen die Arbeitsbörsen, Arbeiter-Versicherung und Arbeitslosigkeit.

Wie kleinlich nimmt sich gegenüber diesem großzügigen Plane das elendliche Flick- und Stückwerk aus, das man in Deutschland als soziales Reformwerk zu etikettieren beliebt.

Aus unserem Beruf. Automobilführer.

Berlin. Das „Automobilhaftpflichtgesetz und die Chauffeure“ lautet das Thema in einer am 10. Juni abgehaltenen öffentlichen Versammlung, welche den großen Saal und die Galerien der „Musikerhale“ dicht gedrängt füllte. Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen erläuterte das Automobilgesetz in allen seinen Teilen und legte gleichzeitig den Standpunkt der Fraktion dar. Hierauf besprach Redner die einzelnen Paragraphen des Gesetzes und betonte, daß die Schaffung desselben im Interesse der Berufsgenossen und der Besitzer selbst notwendig geworden sei. Bedauerlich ist nur, daß alle die Anträge und Wünsche der Fraktion zu diesem Gesetz von der Mehrheit der Kommission abgelehnt wurden. Gegen die Nichtinbeziehung der Führer und Insassen in den Kreis der Ersatzberechtigten wandten wir uns ebenfalls. Hätte man eine Haftpflichtgenossenschaft gegründet, wie wir es wollten, so wären wenigstens die kleinen Unternehmer geschützt. Zum ersten Teil des Gesetzes, betreffs Vertretungsvorschriften, welche mit Strafbestimmungen erst am 1. Januar 1910 in Kraft treten, wurden alle sozialen Forderungen von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Diese Forderungen durchzusetzen, ist nun eine Aufgabe der Organisation. Gegen ungerechte Erteilung oder Abfertigung des Fahrscheins ist der Rekurs zulässig. Als höchste Instanz in dieser Frage gilt das Oberverwaltungsgericht. In der Sitzung der Kommission hat auf Einwände seitens unserer Fraktion der Vertreter der Regierung erklärt, betreffs der Ausbildung und Prüfung der Chauffeure dürste bei Straß zc. von den Vorschriften nicht abgewichen werden. Dadurch würden Vorgänge wie im Jahre 1907 in Berlin unmöglich gemacht. Der Strafvorschriften sind nach unserer Meinung zu viel und die Straffätze zu hoch.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrage schloß sich eine lebhafte Diskussion an, die erst um Mitternacht durch die Annahme eines Schlusstrittes ihr Ende erreichte. Einmütig kam zum Ausdruck, daß das Gesetz den Automobilführern wohl ein reichliches Maß von Pflichten, aber keine Rechte gibt. Einige Redner meinten, die gegen den bisherigen Zustand bedeutend verschärfte Strafbestimmungen seien der übertriebenen Mangelhaftigkeit des Publikums zu danken. Keiner Maschine sei bei ihrer Einführung ein solcher Widerstand entgegenzusetzen worden, wie dem Automobil. Die Antipathie in der öffentlichen Meinung seien durch die Tagespresse genährt worden. Auch der „Vorwärts“ habe seit Teil dazu beigetragen durch seine Notizen, die vom „rasenden“ Automobil und dergleichen sprachen. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, insbesondere den Mitgliedern derselben, die der Kommission angehört, müsse nachgesagt werden, daß sie die Interessen der Automobilfahrer nicht entschieden genug gewahrt haben. Die Forderung der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit hätte zum mindesten durchge-

setzt werden sollen. Die Fraktion hätte nicht für das Gesetz stimmen dürfen. In der Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis wurde noch gezeigt, daß die Führer zu sehr der Willkür der Polizei preisgegeben sind. Insbesondere werden Vorschriften der Polizei verabschiedet über die Fahrgeschwindigkeit als schärfste empfunden. Bei den Wettfahrten wird aber umgekehrt gezeigt, daß das Fahrzeug eine Hundertkilometergeschwindigkeit besitzt. Die Verordnung sei im Verkehr nicht durchführbar. Das würde sich am deutlichsten zeigen lassen, wenn die Chauffeure die passiven Resistenz ausüben wollten. Verlangt müsse ferner werden, daß die Strafprozesse, die aus Anlaß der Automobiliunfälle entstehen, beschleunigt werden, da dem Führer der Fahrschein bis zur Entscheidung entzogen wird, auch wenn er schuldlos ist. Dadurch sei die Existenzsicherheit der Führer und ihrer Familien arg gefährdet. Stadthagen wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß der Reichstagsaktion der heutige Zustand nicht unbekannt war und von ihr bekämpft ist. Es ist schade, daß die Reden der Abgeordneten in der Kommission über die Polizeifunktionen nicht stenographiert worden sind, dann würde man sich von der Haftlosigkeit der Vorwürfe sofort überzeugen können. Es könne natürlich nicht verlangt werden, daß die Alleinherrschaft des Automobils auf der Straße anerkannt werden soll. Schäden an Leben und Gesundheit müssen unbedingt von dem Halter des Kraftfahrzeuges entschädigt werden. Darin liegt keine Schädigung der Chauffeure, die nach dem neuen Gesetz nicht in stärkerem Maße wie zuvor hatten. Die erregte Stimmung gegen die vielen ungerechten Strafen haben ihre Ursache in der Gerichtsorganisation, nicht im Autogesez. Sie sind wir in so vielen, andere Arbeiter treffenden Fällen der richterlichen Auffassung zuzuschreiben, und diese können durch ein Autogesez nicht beseitigt werden, sondern nur durch Erziehung der Richter, durch Leute, die aus dem und durch das Volk gewählt werden.

Das Gute gereiche auch dem Gesetz zum Vorteil. In Zukunft werde eine Kritik solcher Urteile im Reichstage wesentlich erleichtert. Die Herabsetzung der Maximalstrafgrenze von 60 auf 150 Mark hat die Fraktion leider nicht hindern können, wohl aber in der Kommission die erheblichen Strafschärfungen des Entwurfs in der ersten Lesung zu Falle gebracht, wie ja auch die Uebertagung von Befugnissen der Polizei auf den Bundesrat und eine Ausschließung der Willkür bei Konzeptionserteilungen auf die sozialdemokratische Arbeit mit zurückzuführen ist. Freilich, alles ist nicht erreicht und konnte bei dem Widerstand nicht erreicht werden. Das Erreichte sei festzuhalten und auszubauen. Durch entschlossene gemeinschaftliche und politische Agitation könne und werde auch auf diesem Gebiete eine Besserung erzielt werden. (Beifall.)

Der Vorsitzende wies noch einige Wortführer zurück, welche ein Diskussionsredner gegen den Verband richtete. Unter so vielen kleinen Chauffeurvereinigungen Deutschlands habe sich nicht eine einzige gemüthigt gefühlt, zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen. Der Deutsche Transportarbeiterverband allein war es, welcher auch hier die Interessen aller Chauffeure wahrnahm und ihre diesbezüglichen Wünsche und Forderungen in einer Petition an den Reichstag zum Ausdruck brachte. Es sei notwendig, daß sich die Chauffeure mehr denn je ihrer Berufsorganisation, dem Verbande anschließen, denn in der Masse der Mitglieder liegt die Macht. Auf Antrag wurde der dritte Punkt betreffend: „Urteil Handelhardt-Wilberg“ für eine spätere Verammlung zurückgestellt. Mit einem brausenden Hoch auf den Deutschen Transportarbeiterverband schloß die impotente Verammlung.

Berlin. Die Privatfahrten des Chauffeurs. Zur Warnung für Kollegen, die nächtliche Vergnügungsfahrten mit dem Automobil ihres Arbeitgebers auf eigene Faust unternehmen, kann die Anklage wegen Diebstahls dienen, die kürzlich die fünfte Strafkammer des Landgerichts I gegen den Chauffeur Gottschling verhandelte. Gottschling war bei dem Rechtsanwalt Elsbach als Chauffeur angestellt und wurde gleichzeitig dringend verwahrt, es nicht so zu machen wie seine beiden Vorgänger, die entlassen worden seien, weil sie unerlaubter Weise Privatfahrten mit dem ihrer Obhut unterstellten Köhler unternehmen hätten. Trotz dieser Warnung verfiel Gottschling in denselben Fehler. Er hatte das Recht, auf einer Fahrt, die er in Gemeinschaft mit mehreren Personen eines Abends unternommen, mit seinem Wagen zu verunglücken. Er hätte zu den „Privatfahrten“ nicht unbedeutende, seinem Dienstherrn gehörige Quantitäten Benzin und Küßöl verbraucht. Dies hatte gegen ihn eine Anklage wegen Diebstahls zur Folge. Das Schöffengericht hatte ihn, wie seinerzeit gemeldet, freigesprochen, weil es ausführte, daß es dem Angeklagten nicht auf das Benzin und Küßöl, sondern nur auf die Benutzung des Automobils angekommen sei. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein und führte aus, daß nach einer Reichsgerichtsentscheidung kein Zweifel obwalten könne, daß die in dieser Weise stattfindende Verwendungs fremden Benzins sich als Diebstahl darstelle. Er beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof hielt die Tatbestandsmerkmale des Diebstahls für erfüllt und erkannte auf eine Woche Gefängnis.

Die leichtsinnige Art solcher Kollegen, welche durch ihr Vorgehen Stellen verderben und Anlaß zu immer neuen Strafvorschriften geben, kann nicht scharf genug gerügt werden.

Betreffs des Urteils stehen wir auf dem Standpunkt, daß es unhaltbar ist und durch keine Reichsgerichtsentscheidung getragen wird. Nach dieser könnte allenfalls Unterdrückung, nicht aber Diebstahl vorliegen, da der Chauffeur das Benzin usw. in Gewahrsam hatte. Bei der Annahme einer Unterschlagung wäre Geldstrafe zulässig, während das Strafgesetzbuch für Diebstahl nur Gefängnis vorsieht. Aber auch die Annahme einer Unterschlagung scheitert an dem offensichtlich mangelnden Dolus des An-

geklagten. Die Stellung des Strafantrages in einem solchen Fall gereicht dem Antragsteller nicht zur besonderen Ehre.

München. In einer am 11. Juni 09 stattgehabten, gut besuchten Versammlung der Chauffeure sprach ein Berliner Kollege über das Thema: „We-halb muß sich ein Chauffeur organisieren?“

In sachlicher Weise führte Redner den Kollegen vor Augen, wie sich der Automobilbetrieb in kurzer Zeit rapid entwickelt, jedoch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die örtlichen polizeilichen Verkehrsverordnungen und deren Handhabung nicht gleichen Schritt mit dieser Entwicklung gehalten habe.

Nicht zum wenigsten seien die Chauffeure selbst hieran schuld. Die Unruhe der Lokal-, Gelben und Blauen Vereinigungen und wie sie noch alle heißen, schwächen bedeutend die Stofkraft der in der freien Organisation solidarisch kämpfenden Kollegen.

Immer mehr breche sich trotzdem unter den Kollegen die Ansicht Bahn, daß ein engerer Zusammenschluß das einzige Mittel sei, um dem Druck der Arbeitgeber, den Schikanen der Polizei mit ihren verkehrshindlichen Vorschriften, die den Chauffeur stets als ein williges Ausbeutungsobjekt zu betrachten scheinen, einen kräftigen Wall entgegenzustellen.

Hierauf gibt Referent eine eingehende Schilderung der Berliner Verhältnisse. In Strafen hagte es auch in Berlin; aber so weit sei noch kein Berliner Staatsanwalt gegangen, wie hier in München, daß ein Kollege auf Grund einer anonymen Anzeige bestraft worden sei. Er streifte sodann auch noch das neue Auto-Gesez, nach welchem die bisherige Höchststrafe von 60 M. auf 190 M. hinaufgesetzt sei. Außerdem gelte die Fahrscheinentziehung für das ganze Reich. Wie leicht ist es doch, einem Chauffeur das Leben sauer zu machen. Stets muß derselbe als Brellbock dienen, und die wahren Schuldigen, die Arbeitgeber, die durch ihr Zwangssystem (Prozentwirtschaft) Anlaß dazu geben, gehen fast immer frei aus. Ein drastisches Beispiel, wie der Chauffeur ungerecht getreten werde, sei die Festsetzung der Geschwindigkeit auf 15 Kilometer in der Stunde erwähnt; trotzdem erwieien sei, daß diese garnicht eingehalten werden kann, wird daran festgehalten. Folglich kann jeder Chauffeur zur Anzeige gebracht werden und ihm auf diese Weise, wenn er gerade Pech hat, ohne besonderes Verschulden nach einigen derartigen Strafen der Fahrschein entzogen und damit zugleich der Hungerriemen enger gezogen werden. Soll es uns nach all diesen noch Wunder nehmen, daß die vernünftigeren Kollegen zum Zusammenschluß drängen. Kann noch ein Kollege fragen: „Warum muß sich der Chauffeur organisieren?“

Nur ein Aeußling kann hier noch im Zweifel sein, aber auch nur so lange, bis er am eigenen Leibe erfahren hat, wie wunderbar schön der Beruf eines Chauffeurs ist.

Unsere Pflicht sei nun, die Zweifelsenden aufzuklären und der Organisation zuzuführen; nur dann könne auch für die Chauffeure eine bessere Zukunft geschaffen werden. Hiermit schloß der Kollege Abraham unter allgemeinem Beifall seine Ausführungen.

Nach einer regen, im Rahmen des Referats sich bewegenden Diskussion, in welcher die zur Zeit als Delegierte auf dem Verbandstag weilenden Kollegen aus Wien und Nürnberg, Amstler, Wagner und Klaus die Größe der dortigen Kollegen überbrachten, schloß Kollege Boller mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Transportarbeiterförderung die schön verlaufene Versammlung.

Droschkenführer.

Breslau. Der Droschker, der allzuviel auf seinen Fahrgast gab. Daß es nicht gut ist, wenn man die Uniform allzusehr verehrt und Uniformierte für höhere Wesen hält, mußte am 10. Juni ein Breslauer Droschkenführer zu seinem Schaden erfahren. Fuhr er am 27. Januar der Droschkenführer Franz Bownall einen höheren Offizier in Uniform zu der auf dem Palaisplatze stattfindenden Parade. Obwohl der Platz durch Schutzleute abgesperrt war, passierte der Wagen ungehindert auf der Wallstraße die erste Kette, wahrscheinlich, weil ein Offizier der Fahrgast war. Als B. aber auch die zweite Schutzmannskette durchbrechen wollte, hielt ihn ein Beamter an und forderte ihn auf, zurückzufahren. Als das Pferd unruhig wurde, fiel der Beamte ihm in die Flügel und zwang den Kutscher zum Umkehren. Dieser remonstrierte gegen diese Maßnahme und rief dem Schutzmännchen die Worte zu: Wenn Sie das Tier nicht sofort loslassen, schlage ich Ihnen die Peitsche um die Ohren. Das ist eine Unverschämtheit! Sie sind verurteilt. Die Folge des Vorfalls war eine Anzeige gegen den Kutscher wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 23. März 1891, und wegen öffentlicher Beleidigung. Vor dem Schöffengericht erklärte der Angeklagte, es sei sein gutes Recht gewesen, auf den Palaisplatz zu fahren, da ein Offizier sein Fahrgast gewesen sei. Das Schöffengericht hielt diese Angabe für glaubwürdig und erkannte auf Freisprechung von der Uebertretung. Wegen der Beleidigung wurde der Angeklagte zu 6 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen des Urteils legte der Anwalt Berufung ein, sodaß sich jetzt die zweite Strafkammer mit der Affäre zu befassen hatte. Das Berufungsgericht kam zu einer anderen Auffassung des Vorfalls. Es verurteilte den Angeklagten auch wegen der Uebertretung, mit der Begründung, den Anordnungen der Schutzleute habe jedermann nachzukommen, auch ein Kutscher, der einen noch so hohen Offizier als Fahrgast habe. Die Strafe wegen der sehr gröblichen Beleidigung wurde auf 21 Mark erhöht und im ganzen auf 30 Mark Geldstrafe erkannt.

Hamburg II. Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung am 8. Juni im Holsteinischen Hause.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des verstorbenen Kollegen Schulte in üblicher Weise geehrt. Um bei Wahlen die nachträglichen Proteste zu vermeiden, wird beschlossen, daß betreffs der vorgeschlagenen Kollegen die Versammlung vor der Wahl ihre Zustimmung geben soll, ob die Betreffenden überhaupt auf die Vorschlagsliste gestellt werden sollen. In die Ortsverwaltung wird der Kollege Karl Nagel gewählt.

Da eine Reihe von Kollegen immer noch unzufrieden sind mit der vom Vorsitzenden in der Generalversammlung am 4. Februar behandelten Geschäftsordnung, wird die ganze Angelegenheit nochmals aufgerollt und nach lebhafter Diskussion einstimmig dem Verhalten der Ortsverwaltung sowie des Vorsitzenden zugestimmt und wird erklärt, daß derselbe damals absolut nicht anders habe handeln können.

Der Vorsitzende macht die Kollegen auf ihr inkonsequentes Verhalten auf den Komplikationen aufmerksam. Man soll diejenigen, die sich nie zur Organisation bekannt haben und auch nicht bekennen werden, nicht noch unterstützen, wie es ein großer Teil der Kollegen tut, indem dem Nichtkollegen „Dreyschommel“ sein ganzer großer Vorrat Weidenburger Male abgetauft wird. Dem Kollegen W. Gerstenkom wird zum Vorwurf gemacht, daß er besonders intin mit dem „Machhändler“ verkehrt. Um besser kontrollieren zu können, wer rot, blau oder gelb ist, ist es notwendig, sich mehr als bisher die Kontrollkarte vorzeigen zu lassen; es wird lebhaft beklagt, daß die liberale Arbeiterschaft dieses ebenfalls nicht so scharf vornimmt, wie es im Interesse der Organisation nötig erscheint. Ein Antrag, besondere äußerliche Erkennungszeichen anzuschaffen, wird, weil unpraktisch, abgelehnt. Es soll wieder durch Anzeigen bekannt gegeben werden, welche Firmen als geregelt zu betrachten sind. Abrecht gibt bekannt, daß den Verbänden vom Kartell aus mitgeteilt wurde, welche Firmen von der Organisation nicht in Anspruch genommen werden sollen. Die Beförderung von Streikbrechern an die Bauten etc. wird nur von den Fuhrunternehmern S. Sparr und Busch, Wilhelmsburg, ausgeführt.

Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der am Holstenwall bei dem Wirt Kramp stehende Hausdiener vor der Tür nicht organisiert ist. Der bei dem Gastwirt J. Kröger, Grünthalallee, stehende Hausdiener ist Mitglied des neuen „Verbandes“, er arbeitet von morgens 8 Uhr bis 10 oder 12 Uhr nachts.

Die Wirtschaftlerin des Herrn Kröger, die das bei ihr beschäftigt gewesene Mädchen mit hier nicht wieder zu gebenden Schimpfwörtern belegt haben soll, ist der Meinung, daß Verbandsbeiträge Verschwendungsgelder seien. Den Kollegen wird es überlassen, dieser Wirtschaft gegenüber ihre Konsequenzen selbst zu ziehen.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgt Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Transportarbeiter.

Dortmund. Wie hier am Orte mit den Kollegen Kutschern und Fuhrleuten umgesprungen wird, zeigt ein Arbeitsvertrag der Speditionsfirma Lutzajewski u. Richter, derselbe hat folgenden Wortlaut:

Dortmund, den ... Mai 1909.

Kutscher N. N. . . .

Hier:

Ihr Lohnverhältnis haben wir von jetzt ab wie folgt festgesetzt:

Für 6 volle Arbeitstage in der Woche vergüten wir Ihnen M. 24,50; an Werktagen, wo Sie fehlen, oder an gesetzlichen Feiertagen in der Woche erhalten Sie keine Vergütung. Für Ruhen der Pferde und Geschirre an Sonntagen und sonstigen gesetzlichen Feiertagen erhalten Sie außerdem für etwa eine 2 stündige Arbeitsleistung 1,50 M. Im Interesse der Tiere legen wir großes Gewicht darauf, daß diese Arbeiter ordnungsmäßig bzw. nach unserer Anordnung in der Zeit von 8 bis 10 Uhr des Vormittags erledigt werden. Im anderen Falle behalten wir uns das Recht vor, die obige Vergütung ganz oder teilweise nicht zu zahlen. Sollte von Ihnen an einem Sonn- oder Feiertage weitere Leistung gewünscht werden, dann erhalten Sie diese selbstverständlich noch besonders vergütet. Sie müssen in diesem Falle die Pausenstunden auf Ihre sonstige freie Zeit verlegen.

Den Ihrerseits gesetzlich zu leistenden Anteil zu den Beiträgen der Krankenkasse und Invaliden-Versicherung werden wir in Abzug bringen.

Das bisherige gegenseitige eintägige Kündigungs-Verhältnis bleibt bestehen.

Achtungsvoll

Lutzajewski u. Richter.

Punktum! Wenn dieser Vertrag nicht paßt, kann gehen! Es gehört wirklich schon eine ganz gehörige Portion Geduld und Gleichgültigkeit dazu, sich einem solchen Vertrage zu unterwerfen.

Arbeitszeiten von 6 bis 9, 10 Uhr abends und dafür wird gnädigst eine „Vergütung“ von 24,50 M. gewährt. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis die Kollegen Kutscher und Fuhrleute in Dortmund endlich aufwachen? Hat denn der Arbeiter, der dem Unternehmer seine Arbeitskraft zum Ausbeuten zur Verfügung stellt, nicht ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung eines Arbeitsvertrages? Wir meinen doch wohl. Was jetzt scheinen die Kollegen in den Speditionsbetrieben sich um solche Sachen noch nicht bekümmert zu haben. Kollegen! lernt doch endlich einmal erkennen, daß dies nicht so weiter gehen kann, schließt Euch dem Deutschen Transportarbeiter-Verband an, denn die jetzigen Verhältnisse sind curer unmöglich. Nur dann werdet Ihr in der Lage sein, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Euren entscheidenden Einfluß in die Waagschale zu werfen und ein Wörtchen mitzusprechen, wenn es sich um Eure und die Interessen Eurer Familie handelt. Also macht auf Kollegen und organisiert Euch.

Worms. Seit dem 19. Mai befinden sich die Bauarbeiter der Firma Paul Schmidt Sohn wegen Maßregelung des Genossen Groß im Ausstand. Die Firma verzucht nun mit allen Mitteln, Streikbrecher heranzubolen. Zum Schutz der etwaigen Arbeitswilligen ist der Bauplatz dauernd mit doppelten Schutzmännsposten besetzt. Der größte Prozentsatz der Arbeitswilligen wurde in den letzten Tagen wieder zur Abreise veranlaßt, zum Verrger der Firma und nicht zur Freude der Polizei. Am Dienstag, den 1. Juni, kurz nach 1 Uhr, war nun ein entscheidender Schlag gegen die Streikenden geplant. Am Bauplatz erschien der Herr Kommissar mit seinen sämtlichen Gehilfen. Selbstverständlich sammelten sich infolge dieses Vorkomm-

nisses über 300 Personen am Plage. Alle harteten der Dinge, die da kommen sollten. Nach einiger Zeit erschien aus der Richtung Lampertheim ein großer Riesnachen, der dem Bauplage zusteuerte. Die Ladung bestand aber nicht aus Kies, sondern aus Menschen. Die Polizei triumpfhore schon und dachte, das Spiel sei gewonnen. Doch sie hatten die Rechnung ohne unsern Hafnarbeiter gemacht, die sofort einen Nachen flott machten und mit 20 Mann mitten auf das Streikbrecherboot losfuhren. Die Hafnarbeiter bemächtigten sich des Bootes und steuerten anstatt nach dem Bauplag nach dem rechten Rheinufer. Dribben angekommen, erklärten sich die italienischen Arbeiter, die unter der Vorpiegelung, ein Streit bestände am Orte nicht, herbeigeloct worden waren, sofort bereit, nach Frankfurt zurückzufahren.

Am nächsten Tage frühmorgens um 4 Uhr traf mit einem Holländer Boot wiederum ein Trupp Arbeitswilliger aus Wiesbaden ein. Die Polizei rückte, ein Kommissar und 40 Schutzeute stark, abermals an den Rhein. Nach Landung des Bootes umzingelten die Polizisten die Arbeiter und eskortierten sie wie Verbrecher nach der Baustelle. Als die Streikposten sich der Eskorte näherten, gab der Kommissar den Befehl zum blank ziehen. Jedoch alle Bemühungen der Polizei im Dienste des Unternehmertums waren auch diesmal umsonst. Die angekommenen Arbeiter, von den Genossen über die Situation aufgeklärt, verließen geschloffen den Bauplag.

Wir richten das dringende Ersuchen an die Arbeiterschaft der Umgebung, sich nicht von dem Streikbrecheragenten De l l in Mainz anwerben zu lassen. Der Streit dauert unverändert fort.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß auch ein Teil unserer Kollegen Transportarbeiter daran beteiligt ist.

Zwickau. Dem Verbands beigelreten sind in Zwickau in den letzten vier Wochen zirka 60 Mitglieder. Dieselben sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur ein fester Zusammenschluß in der Organisation uns eine bessere Zukunft bringen kann. An allererstwendigsten hätten es wohl seit Jahren unsere Berufskollegen gefehlt, sich ihrer Organisation anzuschließen, da kein einziger am Orte in Frage kommender Beruf unter so langer Arbeitszeit bei schlechter Bezahlung zu leiden hat, als gerade derjenige der Transportarbeiter. Ein Familienleben ist vollständig ausgeschlossen. Sie können nur arbeiten, essen und schlafen. Früh um 4 oder ½ 5 Uhr geht's zur Arbeit bis abends 9 Uhr und noch länger. Meist wird von ihnen noch verlangt, das Frühstück auf dem Kutschbock einzunehmen, damit ja keine Minute Zeit verloren geht, was jedoch direkt gefehlvoll ist. Bei der Expeditionsfirma Naundorf hier haben vor zirka drei Jahren die dort beschäftigten Kollegen ein Bittgesuch um Lohnzulage an ihren Arbeitgeber gerichtet. Bei dieser Gelegenheit haben alle Geschäftsführer eine Zulage von 1 Mt. erhalten, so daß die Löhne von 20 auf 21 resp. von 21 auf 22 Mt. gestiegen sind. Ferner gab die Firma das Versprechen, in einem halben Jahre eine weitere Mark zuzulegen. Gegenwärtig sind nun glücklich drei Jahre verflossen, aber die Betroffenen warten immer noch vergeblich auf die versprochene zweite Mark. Wozu denn auch noch mehr bezahlen? 21—22 Mt. wohnenlich genügen doch bei einer Arbeitszeit von früh ½ 5 bis abends 8 oder 9 Uhr und noch länger. Was es heißt, mit 21—22 Mark Lohn wohnenlich bei 8½ bis 9stündiger Arbeitszeit und den gegenwärtigen eminent hohen Lebensmittelpreisen auszukommen, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Da auch die Berufskollegen besagter Firma sich ihrer Organisation angeschlossen haben, ist bei derselben Heulen und Zähneklappern ausgebrochen. Zuerst wurde von den Arbeitern verlangt, sofort aus der Organisation wieder auszutreten; dafür will die Firma das Eintrittsgeld und einen Wochenbeitrag, also 1,45 Mark, zurückerstatten. Ferner soll eine Zulage von 1,50 Mt. pro Mann und Woche gewährt werden. Da diese Versprechungen nicht zogen, vielmehr die Arbeiter darauf lieber Verzicht leisteten, wurde folgender Anschlag bekannt gegeben:

„Ich habe leider die Wahrnehmung machen müssen, daß man bestrebt ist, das gute und friedliche Einverständnis zwischen mir und meinen Arbeitern zu stören. Ich will heute nur darauf aufmerksam machen, daß ich solche Bestrebungen unter meinem Personal bis heute nicht geduldet habe, und daß ich, offen gesagt, mich wundere, daß Leute solcher Bestrebungen Anhänger, ja sogar Werber bei mir finden konnten.“

Bisher hat bei mir immer ein offenes Wort (?) mehr gezählt, als Wähleret (!) hinter dem Rücken, die mit Rücksicht auf die Familie sehr verhängnisvoll werden kann. Ich bin bis jetzt jederzeit ein sehr nachsichtiger Arbeitgeber gewesen, der die Führung und den persönlichen Verkehr mit seinen Leuten nie verloren hat. Ich habe manchem Arbeiter aus der Not geholfen und noch jetzt ist es so. Trotzdem ich zuviel Personal habe, habe ich alle Kranken und nicht ganz Gesunden mit Rücksicht auf sie und ihre Familie wieder bei vollem Lohn in den Dienst genommen. Selbst solche Arbeiter haben sich nicht geschämt, sich obigen Bestrebungen anzuschließen; das ist unrecht und gegen die guten Sitten verstoßend, und ich warne hiermit alle vor den Folgen.

Solange solche Bestrebungen unter meinen Leuten herrschen, werde ich zu nichts zu haben sein, am allerwenigsten zu einer Zulage, jetzt, wo der allgemeine Geschäftsgang ein sehr flauer ist und ich Leute entlassen und Pferde verkaufen könnte.

Ganz abgesehen von den hohen Futterpreisen und den erhöhten Krankentassen- und Invalidenversicherungsbeiträgen, die ich jetzt noch bezahle. Wenn das anständige Verhältnis, das bisher bei meiner Firma bestanden, nicht mehr genügt, soll ruhig herkommen und sein Arbeitsverhältnis bei mir kündigen. Aber er soll sich nicht unterfangen, andere zu verheizen und dadurch in Nahrungsorgen und Brotlosigkeit zu stürzen.

Diesen Anruf erlasse ich für die, denen auch für die Folge an einem friedlichen Zusammenarbeiten mit mir in bisheriger Weise gelegen ist, und für diese bin ich auch in aller Weise wieder zu haben, sobald mir der Beweis geliefert wird, daß die Bewegung hinter meinem Rücken ihr Ende erreicht hat. Ich selbst will mit Kündigung von meiner Seite aus auch heute noch zurückhalten.

Zwickau, den 31. Mai 1909. Ernst Naundorf.“

Herr Naundorf scheint keine Ahnung davon zu haben, daß die Arbeiter heutzutage nicht mehr in Leibeigenverhältnis stehen, sondern auf Grund des freien Arbeitsvertrages über ihre Person selbst verfügen können. Wenn deshalb seine Arbeiter das Bedürfnis fühlen, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, so geht ihn das ebensowenig wie seine Arbeiter an, wenn er etwa einem Schützenbund oder sonst einer Korporation beiträgt. Ihm steht nur das Recht zu, von seinen Arbeitern zu verlangen, daß sie während der Arbeitszeit ihre Pflicht tun, wie sie der Arbeitsvertrag vorsieht. Weiter nichts. Und wie der Fall lehrt, haben es seine Arbeiter sogar notwendig gehabt, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, denn das gute Einvernehmen des Herrn Naundorf mit seinen Arbeitern hat doch nicht dazu beigetragen, daß letztere die vor drei Jahren versprochene Zulage erhalten haben. Infolgedessen müssen die Arbeiter auf andere Weise versuchen, zu einer Lohnzulage zu gelangen, und das ist erfolgreich nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu ermöglichen. Eine Tatsache, für die Herrn Naundorf allem Anschein nach das Verständnis fehlt. Daß eine Zulage bei den hohen Lebensmittelpreisen unbedingt notwendig ist — noch dazu, wenn die Löhne sich auf einem so niedrigen Niveau bewegen, wie bei den Transportarbeitern —, braucht hier wohl nicht besonders begründet zu werden. Seine sonstigen Plötentöne, wie, er sei bis jetzt ein sehr nachsichtiger Arbeitgeber gewesen und habe trotz seinem überflüssigen hohen Personalbestande Krank- und Halbrante wieder eingestellt, und daß er mit Kündigungen noch zurückgehalten habe, sind leere Redensarten des Unternehmertums, die aber heute niemand mehr ernst nimmt, weil ihre Nichtigkeit durch die Praxis schon oft erwiesen worden ist. Ebensovienig werden die offenen und versteckten Drohungen etwas fruchten. Denn die Arbeiter werden am besten zu beurteilen wissen, was ihnen not tut. Und Herr Naundorf wird sich, wenn auch mit schwerem Herzen, in das neue Verhältnis fügen müssen. Wenn schließlich nicht gleich, so doch mit der Zeit. Denn die Zeit in ihrem Lauf hält auch Herr Naundorf nicht auf.

Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Agitiert, organisiert, werbet, Mitglieder, bis auch der letzte Berufskollege in die Quadrate der Organisation einreicht ist, dann wird es auch möglich sein, Verhältnisse zu schaffen, die menschenwürdig zu nennen sind.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Hirschberg. In der am Sonntag, den 6. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende Kollege Haupt Bericht über die Agitation unter den Kollegen Straßenbahnern. Die am 25. Mai abgehaltene Versammlung hatte Erfolge aufzuweisen und an den Kollegen liegt es nun, mit der Agitation so lange fortzufahren, bis auch der letzte Mann in unseren Reihen steht. Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Firma Leuschner, Expedition und Kohlgengeschäft, einen Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Verbands entlassen habe. Diese Firma nimmt beim Verkauf der Kohlen das Geld organisierter Arbeiter ebenso gern, wie das der übrigen Käufer. Infolge dieser Umstände möchten wir aber Herrn Leuschner darauf aufmerksam machen, daß den organisierten Arbeitern die Wahl der Bezugsquelle für Brennmaterialien frei steht. Er hat es also selber in der Hand, seine Kundschaft zu erhalten oder zu verringern.

Die Kollegen Jung und Kothe lassen von ihrem Lohn von 16 Mark noch 2 Mark pro Woche bei ihrem „Chef“ stehen. Sie erbringen dadurch den Beweis, daß sie entweder sich einen guten Namen machen oder als Hungerkünstler ausbilden wollen. Es ist allen Kollegen ein Rätsel, wie es möglich ist, in Hirschberg mit seinen teuren Lebensmittelpreisen mit solch einem Hungerlohn auskommen zu können. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, in Zukunft die Versammlungen zahlreicher als bisher zu besuchen. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Saarbrücken. Die am Sonntag, den 6. Juni 1909, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Kollmar stattfindende öffentliche Versammlung war ausnahmsweise sehr gut besucht. Kollege Heugel referierte über: „Warum müssen wir uns organisieren und welches ist die beste Organisation?“ In markanten Zügen schilderte Redner die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen in Saarabien, die nur durch eine straffe Organisation gebessert werden können. Nachdem der Referent die Organisationen aufzählte, in der Agitation nicht zu erlahmen, damit der Verband im Königreiche Stumm seine Wurzeln fassen möge und einen warmen Appell an das Solidaritätsgefühl der Unorganisierten richtete, ließen sich die anwesenden 8 Unorganisierten in die Mitgliederliste einzeichnen.

Allgemeines.

Würzburg. Aus der Mappe eines christlichen Agitators. Der Zufall ließ uns wieder einen Blick in die Agitationsmappe eines christlichen Agitators tun, indem er uns einen Brief zur Verfügung stellte, den ein in Bayern bekannter Agitator des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes schrieb. Wie aus dem Inhalt zur Genüge hervorgeht, handelt es sich um den Abschluß eines Tarifvertrages für die Arbeiter in der

Floßerei. Durch die Bedeutungslosigkeit der genannten Organisation und der Intelligenz des Vertreters dieser Organisation veranlaßt, haben die Unternehmer sich nicht viel um die Bewegung bekümmert. Da setzte sich der Verbandsvertreter J. St. hin und schrieb nachstehenden Brief: Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter.

Guer Hochwohlgeboren!

Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß der Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter bemüht ist, den abgelaufenen Tarifvertrag für die Mainflößerei wieder neu abzuschließen. Nach einigen Versammlungen und sonstiger Aufklärung ist es gelungen, die Mainflößer mit wenigen Ausnahmen zum christlichen Verband zu gewinnen, welches Hochwohlgeboren hoffentlich auch mit Freuden begrüßen werden. Im Anfang haben sich die fränkischen Flößholzändler, soweit ich die Ehre hatte, mit ihnen darüber zu sprechen, bereit erklärt, den alten Tarif mit kleinen Änderungen abzuschließen. Nun hat mir der Vorsitzende des Mainflößerverbandes, Herr Eugen Fische, Heilbronn, ein Schreiben zukommen lassen, daß ein Bedürfnis zum Abschluß eines Tarifvertrages nicht vorliegt, Guer Hochwohlgeboren, daß für dieses Jahr ein Bedürfnis für die Flößherren nicht besteht, mag anzunehmen sein, da in diesem Jahre die Geschäftslage keine günstige ist, es kann aber, wie voraussichtlich, wieder besser gehen. Was dann? Die Flößer setzen in dem christlichen Verband alle ihre Hoffnungen, den Frieden und das gute Einvernehmen, das durch den sozialdemokratischen Verband zerstört wurde, wieder herzustellen, deshalb sollten auch die Flößherren die Vereinbarung nicht abweisen und mit in Unterhandlungen eintreten, um die kleinen Differenzpunkte mit beilegen zu helfen. Ich bitte deshalb Gu. Hochwohlgeboren, mir gütlich Nachricht zukommen lassen zu wollen, ob Hochwohlgeboren geneigt wären, mit in Unterhandlungen einzutreten. Es würde mich vorausichtlich für die Flößherren und Flößer ein befriedigendes Resultat zustande kommen, welches auf Jahre hinaus zum Segen und Frieden des Flößereigewerbes dienen wird. Sollten die Hoffnungen der Flößer in christlichen Verbände nicht in Erfüllung gehen, so werden sie da wiederum austreten und bei einer besseren Geschäftslage hat der sozialdemokratische Verein umso leichtere Arbeit, die Flößer wieder in seine Rege zu fangen. Dieses zu verhindern, haben die Flößherren nun selbst in Händen. In Voraussicht, nehme ich an, Gu. Hochwohlgeboren werden mir eine zusage Antwort zukommen lassen und sehe deren hochachtungsvoll entgegen.

Ihr dankbarster J. St., Verbandssekretär.

Interessant ist vor allem der Ton, mit dem die Herren Flößbestiger angedeutet werden. Wir sind zwar auch Freunde des guten Tones und reden stets der Höflichkeit das Wort. Aber alles muß seine Grenzen haben, es darf auch nicht zu weit getrieben werden. Vor dem Serpentinismus hat niemand besonderen Respekt, und Organisationen, die so lauchritischen vor den Unternehmern, verraten schon von vornherein ihre Schwäche, zeigen schon, daß sie nichts erkämpfen, sondern nur erbitten und erbetteln können. Die Arbeiter haben doch ein Recht auf anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse, deswegen brauchen sie nicht auf die Knie zu fallen und die Unternehmer um Gnade anzuflehen. Was uns aber noch am meisten frappt, ist das Gruseligmachen vor dem sozialdemokratischen Verbands. Auf das Bangemachen durch den roten Bauwan legt der gute Mann seine letzte Hoffnung auf Erhaltung eines Tarifvertrages.

Getreidepreis und Brotpreis. Bei ihrer Verteidigung hoher Getreidepreise pflegen unsere Agrarier auch häufig mit dem Argument zu operieren, daß höhere Getreidepreise durchaus nicht in einer entsprechenden Steigerung der Mehl- und Brotpreise zum Ausdruck zu kommen brauchen. Wie falsch diese Behauptung ist, geht aus folgender vom Berliner Stat. Amt veröffentlichten Tabelle hervor. Es kosteten in Berlin

Roggen	Koggen	mehl	bröt	= 100 gebackt, betrug der Preis für
pro 1000 kg	pro 1000 kg	pro 100 kg	Roggen	Koggen
1886	13,06	17,91	20,80	100
1888	13,45	18,90	21,22	108
1890	17,00	23,45	27,18	130
1892	17,80	23,97	27,52	135
1894	11,77	15,47	20,43	90
1896	11,88	16,30	20,93	91
1898	14,63	20,12	25,15	112
1900	14,28	19,31	23,96	109
1902	14,42	19,61	24,21	110
1904	13,51	17,55	23,50	103
1906	16,06	21,00	27,06	123
1907	19,32	25,35	30,82	148

Die Paralleltät ist auffallend, wenn man die letzten von uns berechneten Verhältniszahlen vergleicht. Besonders deutlich ist der Zusammenhang zwischen Getreide- und Mehlpreisen, die einander in jedem leisen Auf und Ab folgen. Der Brotpreis weist einige kleine Abweichungen auf, die einmal daher rühren, daß im Brotpreis auch ein ziemlich großer Prozentteil von den Getreidepreisen natürlich unabhängiger Arbeitslohn enthalten ist; sodann daher, daß die einmal von den Bäckern erpöhten Brotpreise nicht so schnell wieder heruntergehen, wenn auch Getreide- und Mehlpreise sinken. Das Schlussergebnis ist jedoch auch in diesem Falle daselbe: das Jahr 1907 zeigt bei einem gegen 1886 um 43 pSt. erhöhten Roggenpreis einen um 47 pSt. erhöhten Roggenbrotpreis.

Unsere Agrarier haben es also verstanden, dem deutschen Volke sein wichtigstes Nahrungsmittel im Laufe von 20 Jahren um rund die Hälfte zu verteuern. Und diese Skatte macht Anspruch darauf, als die einzig wahren Patrioten zu gelten!

Verantwortl. Redakteur: Emil Kiesel, Lichtenberg. Verlag der Buchhlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Adalbertstr. 37.